

Text

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Mitteilungen des Kantonalen Statistischen Bureaus**

Band (Jahr): - **(1925)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ergebnisse der eidg. Volkszählung vom 1. Dezember 1920 im Kanton Bern.



Einleitung.

In Lieferung II des Jahrgangs 1921 unserer «Mitteilungen» wurden bereits die Hauptergebnisse der eidg. Volkszählung vom 1. Dezember 1920 im Kanton Bern nach Gemeinden und Ortschaften veröffentlicht. Dieselben stellten in der Hauptsache noch vorläufige, d. h. nicht endgültig bereinigte Zahlen dar; es war dies namentlich im ersten Teil der Fall, welcher die Hauptzahlen in drei Rubriken nach den Ortschaften enthielt, während im zweiten Teil nach Einwohnergemeinden wenigstens die Wohnbevölkerung im ganzen auch nach den eidg. geprüften Ergebnissen nebst der Zu- oder Abnahme derselben gegenüber derjenigen von 1910 dargestellt wurde. Nun sind aber seither (Ende 1923) auch die speziellen Ergebnisse der vom eidg. statistischen Bureau bearbeiteten Volkszählung von 1920 für den Kanton Bern in einem besondern Bande erschienen und es trat daher an uns die Aufgabe heran, diese für fernerstehende Interessenten nicht besonders leicht benutzbaren Ergebnisse wie früher*) zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und möglichst verständlich zu machen. Es erschien uns dies um so notwendiger, als die eidg. Volkszählungsergebnisse von 1920 gegenüber denjenigen von 1910 und früher zum Teil in ziemlich veränderter Darstellung erschienen, welche eine richtige Vergleichung derselben in mancher Hinsicht sehr erschweren oder gar verunmöglichen. Von einem ge-

*) Vergl. ausser den kant. Veröffentlichungen der Volkszählungsergebnisse pro 1880, 1888, 1900 und 1910 insbesondere die vergleichende Statistik der Volkszählungsergebnisse betr. den Kanton Bern in Liefg. II, Jahrg. 1885 der Mitteilungen sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik des Kantons Bern pro 1891—1905/06 (B. Volkszählungsergebnisse im II. Teil der Liefg. I, Jahrg. 1908 der Mitteilungen des kant. statistischen Bureaus).

schichtlichen Rückblick auf die bisherigen Volkszählungen im Kanton Bern und in der Schweiz glauben wir diesmal Umgang nehmen zu können, da dies bereits in den Kommentaren zu frühern Publikationen geschehen ist; es soll genügen, darauf hinzuweisen, dass die frühern kantonalen Volkszählungen, welche in der Staatsverfassung von 1846 vorgeschrieben waren und in den Jahren 1846 und 1856 auch wirklich stattgefunden hatten, dann durch die gemäss Bundesgesetz vom 3. Februar 1860 in zehnjähriger Wiederkehr stattgefundenen eidg. Volkszählungen abgelöst wurden, nachdem schon im Jahr 1850 die erste Volkszählung des neuen schweiz. Bundesstaates durchgeführt worden war. Freilich hatten schon in frühern Zeiten öfters kantonale und auch eidgenössische durch die Regierung und die Tagsatzungen angeordnete Volkszählungen stattgefunden, aber in unregelmässigen Perioden und zudem waren die Ergebnisse meist unvollständig. Im weitem scheint es uns auch nicht notwendig oder opportun, auf das Formelle und Technische der letzten Volkszählung einzutreten, da dies zum Teil auch schon in frühern kantonalen Volkszählungspublikationen geschehen ist und übrigens mehr in das Pensum des eidg. statistischen Bureaus gehört.

Die vorliegenden Ergebnisse nach Einwohnergemeinden, wie auch die übrigen Darstellungen, sind nun endgültige und auf Grund der Wohnbevölkerung bearbeitet — in Abweichung gegen die früher, d. h. vor 1888 üblich gewesene Aufarbeitung auf Grundlage der ortsanwesenden Bevölkerung, wie sie vor 1920 in der Regel auch noch in unsern vorläufigen Veröffentlichungen zur Darstellung kam. Leider war es diesmal nicht möglich, auch die vierteilige Rubrik Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet und geschieden) wie früher in die Uebersicht nach Einwohnergemeinden aufzunehmen, weil sie in der bezüglichen Bearbeitung und Veröffentlichung des eidg. statistischen Bureaus fehlt, d. h. nur nach Amtsbezirken in Verbindung mit dem Alter der Bevölkerung geboten wurde; dagegen werden wir nicht unterlassen, die Angaben betr. den Familienstand in den amtsbezirksweisen Uebersichten gebührend zu berücksichtigen. Anstatt dieser Rubrik «Familienstand» konnten diesmal dann die Hauptnachweise über die Erwerbstätigkeit, resp. die Zahl der Erwerbstätigen nach Hauptberufsgruppen, jedoch ohne diejenigen in Anstalten und Internaten in die Darstellung nach Einwohnergemeinden aufgenommen werden.

Ueber die Bedeutung der bevölkerungsstatistischen Untersuchungen.

Bekanntlich bilden die Volkszählungen und die natürliche Bevölkerungsbewegung die zwei Hauptdomänen oder Forschungsgebiete der amtlichen Bevölkerungsstatistik. Während sich die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit dem numerischen Nachweis der Trauungen, Geburten und Sterbefälle befasst, soll durch die Volkszählungen der jeweilige Stand, die Struktur und die Veränderungen der Bevölkerung zahlenmässig zur Darstellung gelangen. Angeregt durch die grundlegenden Werke von Süßmilch und Malthus sowie durch die Arbeiten der in den meisten zivilisierten Staaten organisierten amtlichen Statistik haben die bevölkerungsstatistischen Untersuchungen im Laufe des letzten Jahrhunderts bereits ein so reichhaltiges Tatsachenmaterial zu Tage gefördert, dass dieselben zu einer selbständigen Wissenschaft geworden sind. Unterscheidet man in der Bevölkerungswissenschaft zwischen Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik, so folgt daraus ohne weiteres die Erkenntnis der grossen Bedeutung derselben für die Nationalökonomie. In der Tat lässt sich die Wahrnehmung machen, dass dieselbe bemüht ist, dem Bevölkerungsproblem durch eingehende bevölkerungsstatistische Analysen und Nutzenanwendungen gebührend Rechnung zu tragen, ja dass bei einer grossen Zahl namhafter Gelehrter die Einsicht für die Notwendigkeit vorhanden ist, die Bevölkerungslehre zum Grundpfeiler der nationalökonomischen Wissenschaft zu machen. Gleichwie die Lehren der Nationalökonomie dazu bestimmt sind, in der Volkswirtschaftspolitik ihre Nutzenanwendung zu finden, so sollen auch die Ergebnisse der Bevölkerungslehre in einer zielbewussten Bevölkerungspolitik in quantitativer und qualitativer Hinsicht zur praktischen Verwirklichung gelangen.

Mit dem Bevölkerungsproblem ist, wie wir in unsern frühern bevölkerungsstatistischen Veröffentlichungen, nämlich in den Jahrgängen 1885, 1887 und 1892 der «Mitteilungen» und ganz besonders in derjenigen von 1908*) näher ausgeführt haben, ein so vielseitiger Fragenkomplex verbunden, dass dasselbe zu einem Kultur-

*) Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik des Kts. Bern von 1891—1905/06, S. 46 und ff.

problem in umfassendstem Sinne geworden ist, denn dasselbe schliesst, wie wir wiederholt betont haben, nicht nur materielle, rein ökonomische, sondern auch moralische und ethische Interessen von eminenter Bedeutung, kurz das gesamte Wirtschafts- und Erziehungsproblem in sich. Unsere damaligen Ausführungen und Postulate zur Lösung des Kulturproblems halten wir auch heute voll und ganz aufrecht, denn die seitherigen bevölkerungsstatistischen Nachweise und Erfahrungstatsachen sprechen für die Richtigkeit derselben. Aus dem ganzen, das Bevölkerungsproblem beschlagenden Fragenkomplex seien hier nur die wichtigsten Erscheinungen herausgegriffen, welchen auch in der neuesten Zeit immerfort aktuelles Interesse und zwar zum Teil ausserordentlicherweise und in erhöhtem Masse zukommt, nämlich die Frage der Uebervölkerung, die Abnahme der Geburtenzahl und die Abnahme der Sterblichkeit. Es liegt nicht in unserer Aufgabe und noch weniger in unserer Absicht, die vorerwähnten Probleme durch allerlei abstrakttheoretische Konstruktionen und vage Hypothesen zu beleuchten oder vielmehr zu verdunkeln, wie es in der wissenschaftlichen Literatur etwa zu geschehen pflegt, wohl aber liegt es uns daran, durch einige Streiflichter auf das wesentliche hinzuweisen und damit zugleich die in Frage stehenden gesetzmässigen Erscheinungen in den Bereich der nüchternen Wirklichkeit zu rücken und so weit es im Interesse des Staates und der Volksgemeinschaft als geboten erscheint, zu versuchen, die bezüglichen Probleme der praktischen Lösung entgegenzuführen.

Wie verhält es sich nun mit der Uebervölkerung? Dass es Zeiten und Ländergebiete gegeben hat und noch geben kann, in welchen dieselbe für die Existenz der Bevölkerungen bedrohlich wurde oder zu werden scheint, ist kaum zu bestreiten; indes fragt es sich in jedem Falle, ob man es mit wirklicher, absoluter, oder nur mit scheinbarer, relativer Uebervölkerung zu tun habe. Wirkliche Uebervölkerung liegt vor, wo und wenn die Existenzmittel und Erwerbsmöglichkeiten fehlen und somit überhaupt keine Möglichkeit vorhanden ist, um den natürlichen Bevölkerungszuwachs zu erhalten. Scheinbare Uebervölkerung dagegen ist gewöhnlich ein Zustand von vorübergehender Dauer, hervorgerufen durch Ueberproduktion und Absatzstockungen mit der Folgeerscheinung von Erwerbsstörungen, Arbeits- und Verdienstlosigkeit, sowie Teuerung, wie sie die wirt-

schaftlichen Krisen besonders in der Neuzeit mit sich bringen und sich namentlich auch in der Nachkriegszeit infolge des unglücklichen Friedensschlusses von 1918 geltend machten. Aber selbst diese schwere Heimsuchung unseres Volkes scheint sich wieder zum Bessern zu wenden, so dass die Besorgnis wegen Uebervölkerung, welche etwa aus einem momentanen Auswanderungsüberschuss gestützt auf die bevölkerungsstatistischen Nachweise gefolgert werden könnte, unbegründet sein dürfte. Dem Pessimismus wegen Uebervölkerungsgefahr lässt sich übrigens ein wohlbegründeter bevölkerungsstatistischer Nachweis entgegenhalten, der zu frohem Optimismus berechtigt, nämlich die Tatsache, dass der Kanton Bern trotz seinem beträchtlichen Auswanderungsüberschuss oder Wanderungsverlust, welcher in den letzten 50 Jahren vielleicht gegen 150,000 Personen betrug, im Jahr 1920 ungefähr eine doppelt so zahlreiche Bevölkerung aufwies, als 100 Jahre vorher. Und wie war das möglich? Einfach durch die günstige Entwicklung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, durch vermehrte Arbeits- und Verdienstgelegenheit und erhöhte Produktion, welche durch die Technik in Industrie und Verkehr erzielt wurden. Ist dies nicht einer weisen, gütigen Vorsehung zu verdanken? Wahrlich Malthus hätte seine grosse Freude daran, dass der Menschheit durch den ungeahnten Fortschritt in der Kultur und der Technik in so reichlicher Masse mit Existenz- und Unterhaltungsmitteln geholfen worden ist. An dieser Tatsache ändert selbst das grosse Unglück des durch die Schuld gewissenloser Menschen veranlassten und aus Machtgier, Neid und Hass, durch Lüge und Verleumdung entfachten Weltkrieges im Grunde nichts, denn es ist nach wie vor die Möglichkeit zum Leben für alle Kreatur gegeben, wenn der Menschen Vernunft nicht dawider ist.

Eine allerdings höchst bedenkliche, durch die Bevölkerungsstatistik konstatierte Erscheinung betrifft die in der neueren Zeit fast allgemein, d. h. wenigstens in den meisten europäischen Staaten eingetretene Abnahme der Geburtenzahl; bedenklich ist dieselbe deshalb, weil ihr unzweifelhaft eine unmoralische und naturwidrige Ursache zugrunde liegt, welche geeignet ist, den betreffenden Volksgliedern und dem gesamten Volke unermesslichen Schaden zuzufügen. Sehr misslich und merkwürdig ist dabei die Wahrnehmung, dass die meisten Forscher und Autoren auf bevölkerungsstatistischem Gebiete es nicht für notwendig halten oder nicht wagen, den

rechten Finger auf die Wunde zu legen, wohl aber bemüht sind, alle erdenklichen Erklärungsversuche zu unternehmen, deren Beweiskraft mit Recht beanstandet werden kann. Dass damit der Sache selbst bzw. der Möglichkeit, zunächst im Wege der Volksaufklärung gegen das Uebel einzuschreiten, nicht gedient ist, liegt auf der Hand. Das Hauptkriterium in den erwähnten Erklärungsversuchen für die Ursache der abnehmenden Geburtsfrequenz bildet nämlich die allgemeine Wohlstandsentwicklung, wenigstens bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Wir müssen dem Verfasser einer ausserordentlich instruktiven und gründlich ausgearbeiteten Schrift über Bevölkerungswissenschaft*) durchaus beistimmen, wenn er nicht nur die verschiedenen Hypothesen betr. Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit, sowie Verminderung der Fortpflanzungsfähigkeit überhaupt, sondern auch die Theorie von der Wohlstandsentwicklung als Ursache des allgemeinen Geburtenrückgangs entschieden ablehnt und betont, es fehle nicht am Können, sondern am Wollen. Nur einige wenige auf diesen letztern Erklärungsversuch bezügliche Stellen aus der zitierten Schrift mögen hier Erwähnung finden: «Der moderne Rückgang der Geburtenziffern ist das wichtigste dieser (Untersuchungs-) Ergebnisse. Er bedeutet eine neue Periode in der Geschichte der zivilisierten Völker, eine Periode, in der bereits manche Soziologen den Anfang vom Ende der davon betroffenen Nationen und damit auch Volkswirtschaften erkennen. In Frankreich ist er bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts wirksam und schon seit dessen Mitte Gegenstand öffentlicher Sorge Seit den 70er Jahren aber ist dieselbe Erscheinung zunächst in den angelsächsischen Ländern (England und Australien) und in der allerletzten Zeit in Nord- und Mitteleuropa so nachhaltig und wichtig aufgetreten, dass es auch in Deutschland nicht mehr angeht, sich in allzuweitgehendem Optimismus nach dem Vorgange mancher im übrigen sehr angesehener Theoretiker (z. B. Conrad, von Fircks, Mischler und Wagner) über sie als eine lediglich vorübergehende Erscheinung zu trösten, die «nicht definitiv» sei und ebenso bald einem neuen Ansteigen der Kurve Platz machen werde, wie etwa die sinkende Geburtenziffer um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Dieser

*) Betitelt: „Eine Einführung in die Bevölkerungsprobleme der Gegenwart“ von Dr. Otto Most, bereits 1913 erschienen in der Sammlung Göschen.

Trost sinkt in sich zusammen, wenn festgestellt wird, dass jener Rückgang der Natalität vor einem halben Jahrhundert lediglich auf den gleichzeitigen Rückgang der Eheschliessungen zurückzuführen war. Die Wohlstandstheorie hatte eine besonders scharfe Formulierung erhalten von Leroy-Beaulieu's ziemlich allgemeiner Fassung: «La civilisation réduit considérablement la natalité» bis zu der scharfen Pointierung Brentanos: «Mit zunehmendem Wohlstand nimmt die Geburtsziffer ab» und Momberts: «Der Nachweis ist erbracht, dass das Sinken der ehelichen Fruchtbarkeit in den letzten Jahrzehnten auf die gleichzeitige Zunahme von Wohlstand und Kultur zurückzuführen ist.» Mit zunehmendem Wohlstand, sagen die Wohlstandstheoretiker, wächst die rechnerische Voraussicht und die Konkurrenz neuer Genüsse mit der Freude an einer grossen Familie, die nicht mehr so hoch bewertet wird, wie andere Freuden, die man sich mit den ersparten, sonst für Kindererziehung benutzten Mitteln verschaffen kann.»

«So schlagend und schlüssig jenes umfangreiche, mit manchem klangvollen Namen verbundene Material auch erscheinen mag: strengerer Kritik hält die Wohlstandstheorie nicht Stand, und ihr Beweismaterial muss für ungenügend erklärt werden. Schon vor Jahrzehnten hat *Wagner* die ersten Versuche der Wohlstandstheoretiker als «einer gewissen Neigung, sich über unangenehme oder für unangenehm geltende Tatsachen hinwegzusetzen» entsprungen, abgelehnt. Neuerdings haben gegen die immer weitere Kreise ergreifende Anschauung gleicher Richtung in bedeutsamen Veröffentlichungen vor allem *Oldenburg* und *Wolf* schlagende Einwände erhoben.» Bezeichnend ist übrigens die bevölkerungsstatistische Wahrnehmung, dass der neuzeitliche allgemeine Geburtenrückgang zuerst in Frankreich seinen Anfang nahm, wo das sog. Zweikindersystem Eingang fand, dann allmählich auch auf die übrigen Länder Europas übergriff und sich zuerst in den Städten bemerkbar machte. In Deutschland setzte der Rückgang der Geborenenziffer bereits mit Beginn der 1880er Jahre ein und sank konstant, d. h. mit auffallender Regelmässigkeit von 40,5‰ im Jahr 1879 auf 27,6‰ im Jahr 1914; in der Schweiz sank sie fast gleichzeitig von 30,5‰ im Jahr 1879 auf 22,4‰ im Jahr 1914 und im Kanton Bern ebenfalls von 31,5‰ im Jahr 1880 auf 24,2‰ im Jahr 1914. Dass die Geburtsziffern in den Kriegsjahren dann noch bedeutend mehr sanken,

ist begreiflich, aber es kann diese Erscheinung nicht auf die willkürliche Beschränkung zurückgeführt werden, sondern es ist dies eben im Zusammenhang mit den erschwerten Eheschliessungen eine direkte Folge des Krieges resp. der Mobilisation der Armeen, denn seither stiegen die jährlichen Geburtsziffern (wenigstens in Deutschland) wiederum auf die vorkriegszeitliche Höhe, in der Schweiz und im Kanton Bern dagegen blieben sie im Jahr 1921 noch um 1,6% bzw. 1,8% unter derjenigen von 1914, aber im Jahr 1922 sank sie schon wieder und zwar erheblich weiter, nämlich auf 20,8⁰/₁₀₀ hinab!

Wir haben bereits auf Malthus hingewiesen, dessen Pessimismus sich in Bezug auf seine Lehre von dem unerbittlichen Zusammenhang zwischen den Nahrungs- und Unterhaltungsmitteln und der natürlichen Bevölkerungsvermehrung zum Glück nicht bewahrheitet habe, indem das von ihm betonte Missverhältnis nicht eingetreten sei. Immerhin war die Malthus'sche Lehre Gegenstand des lebhaftesten Streites in der nationalökonomischen Wissenschaft geworden. Die Mehrzahl der Bevölkerungstheoretiker stellte sich nach Dr. Most auf ihre Seite, obschon manche davon die Malthus'schen Darlegungen in ihrem Kern missverstanden und auf diese Weise zu dessen falscher Beurteilung in der Allgemeinheit selbst beigetragen hatten. Von den Anhängern, welche die Malthus'sche Lehre richtig interpretierten, seien genannt: Ricardo, J. Stuart Mill, Sismonde de Sismondi, A. Quetelet, K. H. Rau und Rob. v. Mohl. Die beiden letzten haben als gefeierte akademische Lehrer namentlich viel für die Verbreitung der Malthus'schen Anschauungen in der studierenden Jugend und damit in der jüngern Generation überhaupt gewirkt. Auch in der Gegenwart stehen hochbedeutende Lehrer der Nationalökonomie mit Malthus auf gleichem Boden. So haben unter vielen andern Adolf Wagner und Heinrich Dietzel erklärt: «Malthus hat in allem Wesentlichen recht.» Allerdings hat es auch an entschiedener Ablehnung der Malthus'schen Lehre nicht gefehlt. Es mag abgesehen werden von den Gegnern ihrer angeblichen «Unsittlichkeit». Diese verkennen, dass den Malthus' Darlegungen und Forderungen ein hoher sittlicher Ernst innewohnt, und machen ihn aus Unkenntnis seiner selbst verantwortlich für die Verirrungen derer, die fälschlicherweise seinen Namen als «*Neomalthusianer*» tragen. Diese Neomalthusianer unserer Zeit stellen in völliger Abweichung von ihrem angeblichen Meister erstens nicht die Wohlfahrt der Gesamtheit,

sondern das egoistische Interesse des Einzelnen in den Vordergrund und empfehlen zweitens nicht das sittlich hochstehende Opfer «moralischer Enthaltbarkeit», sondern ohne jede Einschränkung die in *vorbekaltloser* und allgemeinsten Anwendung der Unsittlichkeit Vorschub leistenden Präventivmittel zur Verhütung der Empfängnis. In einer eigens dazu 1877 ins Leben gerufenen «Malthusian League» und in einer Zeitschrift «The Malthusian» sowie neuerdings in einer ganzen Reihe nationaler Organisationen und internationaler Kongresse wurde dafür Propaganda gemacht. Ueber die Erfolge all dieser Bestrebungen unterrichten die sinkenden Geburtenziffern in den Kulturländern.»

Bei Besprechung der Abnahme der ehelichen und unehelichen Fruchtbarkeitsziffer bemerkt Dr. Most noch folgendes: «Ob in dieser neuerlichen Entwicklung wirklich eine moralische «Besserung», wie Optimisten meinen, zutage tritt, darf füglich bezweifelt werden, vielmehr wird sie sich ohne weiteres damit erklären, dass auch im Geschlechtsverkehr ausserhalb der Ehe die Anwendung der Präventivtechnik zur Verhütung der Empfängnis schnelle Fortschritte macht, selbst in Kreisen und Gegenden, wo man von diesen Praktiken noch vor kurzem nicht das mindeste wusste.»

Da kann man nicht mehr, wie Süßmilch, von der göttlichen Ordnung in den «scheinbar» willkürlichen Handlungen der Menschen, sondern im Gegenteil von geflissentlicher Unordnung und *willkürlichen* Handlungen reden, die sich als frevelhafte Eingriffe der Menschen in die göttliche Naturordnung charakterisieren.

Auf Grund unserer vorliegenden Untersuchung gelangen wir zu folgendem Schluss: Aus den bevölkerungsstatistischen Tatsachen erwächst den Staaten und der menschlichen Gesellschaft die sittliche Pflicht, geeignete Massnahmen gegen die eingerissenen Missbräuche in Bezug auf willkürliche oder künstliche Beschränkung der Geburten zu treffen, zugleich aber im Wege einer rationellen Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik die Erwerbs- und Existenzbedingungen der verschiedenen Bevölkerungs- und Berufsgruppen unter möglicher Förderung der Eigenproduktion so zu gestalten, dass alle Volksglieder bei fleissiger Arbeit und treuer Pflichterfüllung ihr Auskommen finden und daher auch einer drohenden Uebervölkerungsgefahr wirksam vorgebeugt wird. So gestaltet sich die Bevölkerungspolitik zu einer umfassenden Gesundheits-, Bildungs-,

Moral- und Wirtschaftspolitik aus, die sich zugleich als ein ausschlaggebendes Betätigungsgebiet des Staates darstellt.

Im Gegensatz zu der relativen Abnahme der Geburten stellt sich die stetige Verminderung der Sterblichkeit als eine sehr erfreuliche Erscheinung in der natürlichen Bevölkerungsbewegung der meisten europäischen Staaten dar. Wenn wir von den Kriegsjahren 1870/71 und 1914/18 absehen, so sank die Sterblichkeit in Deutschland vom Jahr 1872 an von 30,6‰ mit regelmässiger Konstanz auf 14,7‰ im Jahr 1921, in der Schweiz mit einigen Schwankungen von 24,1‰ im Jahr 1876 auf 12,7‰ im Jahr 1921 und im Kanton Bern ebenfalls mit etwelchen Schwankungen von 23,8‰ im Jahr 1876 auf 12,56‰ im Jahr 1921! Unwillkürlich empfindet man angesichts dieser Tatsachen das Bedürfnis, den eigentlichen Ursachen nachzuforschen und ist sogleich mit bezüglichen Erklärungen bei'r Hand, indem auf die Fortschritte der Hygiene oder der Medizin im allgemeinen, die verbesserten Lebensverhältnisse, also die Wohlstandsentwicklung hinweist. In der Tat mag der Einfluss der letztern beim Rückgang der Sterblichkeit als ein plausibleres Argument erscheinen, als beim Geburtenrückgang; aber die Ergebnisse der bevölkerungsstatistischen Forschungen lehren, dass auch diesfalls in den Folgerungen und Schlüssen grosse Vorsicht am Platze sei. Schon der Umstand, dass der Sterblichkeitsrückgang bereits um Mitte der 1870er Jahre entschieden eingesetzt hat, während die Wohlstandsentwicklung in der Vorkriegszeit bekanntlich erst etwa gegen Ende der 1880er Jahre begonnen hatte, zeigt, dass die Sache nicht ganz klappt. Gewiss mag auch die mit dem Rückgang der Geburten eingetretene erhebliche Verminderung der Kindersterblichkeit einen gewissen Prozentsatz der Sterblichkeitsverminderung überhaupt ausmachen, aber auch dieses Moment ist keineswegs ausschlaggebend. v. Mayr*) drückt sich in seinem neuesten Werk über Bevölkerungsstatistik aus wie folgt: «Es liegt, wie bereits erwähnt, nahe, bei dieser tatsächlich allgemein eingetretenen günstigen Wendung an die Erfolge der modernen Hygiene in Krankheitsabwehr und in der verbesserten Krankheitsfürsorge zu denken. Gewiss ist dieselbe, namentlich soweit die Sterbensintensität in den Städten in Frage kommt, an der neuzeitlichen Gestaltung der Sterbeziffern

*) „Statistik und Gesellschaftslehre“, 2. Band, Bevölkerungsstatistik, 2. Lieferung. Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Liebeck), 1924.

mitbeteiligt. Aber die Erscheinung ist eine zu allgemeine und anscheinend von dem Stand der hygienischen Bestrebungen in den verschiedenen Ländern kaum beeinflusst. Ich möchte deshalb doch Bedenken tragen, die neuzeitliche Abnahme der Sterbensintensität ganz auf Rechnung der hygienischen Bestrebungen zu setzen; auch die Bezugnahme auf die wirtschaftliche Lage der breiten Volksschichten scheint mir, da hier neben manchem Licht doch auch der Schatten nicht fehlt, kaum auszureichen. Ich kann mich des Eindrucks, den ich gerade aus der Allgemeinheit der Erscheinungen erhalte, nicht erwehren, dass auch eine günstige Konjunktur in der Gestaltung der allgemeinen natürlichen Lebensbedingungen erheblichen Anteil habe.» Unter diesen Umständen ist, wie in der Schrift von Dr. Most bemerkt wird, in sachlicher Uebereinstimmung mit den Altmeistern v. Mayr, Rümelin, Schmoller und Wagner zu sagen: «Zwar ist es gewiss, dass die allgemeine Steigerung des Wohlstandes (in der Vorkriegszeit) die Entwicklung der Geburtenziffern, die Fortschritte der Hygiene ihren erheblichen Anteil an der neuzeitlichen Gestaltung der Mortalität haben; das Material reicht aber nicht entfernt aus, um jedem einzelnen dieser Faktoren oder ihrer Gesamtheit den alleinigen, ja selbst nur den hauptsächlichen Einfluss zuzuschreiben; vielmehr tritt noch eine ganze Reihe anderer Momente in mannigfacher, die Einzelwirkungen bald verstärkender, bald abschwächender Verflechtung hinzu. . . . Die meisten dieser Momente gestalten sich, anders wie die Faktoren der Geburteneinschränkung, ohne unmittelbaren Einfluss des Einzelwillens. Wenn sie also in den letzten Jahrzehnten, im allgemeinen einander verstärkend, einheitlich nach einer und derselben Richtung gewirkt haben, so ist damit noch keineswegs gesagt, dass dies in Zukunft der Fall sein wird. Darum ist statt von naturgesetzlich wirkenden Ursachen des Sterberückganges nur von einer günstigen Konjunktur (nach v. Mayr), insbesondere auch in der Gestaltung der allgemeinen natürlichen Lebensbedingungen zu reden. Trifft dies aber zu, dann ist auch eine frühere oder spätere Verschiebung dieser Konjunktur nicht unmöglich. Nach der Ebbe der Sterblichkeit kann auch wieder eine Flut und damit ein Sturz in den Bevölkerungsüberschüssen der heute noch kulturell führenden Völker eintreten, der die Folgen der gesunkenen Geburtsraten erst in voller Schärfe offenbaren würde.»

Die Zunahme der Bevölkerung im Kanton Bern von 1910—1920.

Ueber die Ergebnisse der Bevölkerungszunahme im letzten Volkszählungszeitraum von 1910—1920 haben wir bereits in zwei frühern Lieferungen unserer «Mitteilungen»*) kurz referiert. Dass auf die zahlenmässige Veränderung im Bestande der Bevölkerung auch bei Anlass der vergleichenden Darstellung der Volkszählungsergebnisse Bezug genommen werden muss, erscheint wohl unzweifelhaft als gegeben, denn es ist, wie schon früher betont wurde, von allgemeinem Interesse und liegt auch in der pflichtgemässen Aufgabe des Bevölkerungsstatistikers, den Faktoren und Vorgängen nachzuforschen, welchen die Zu- oder Abnahme der Bevölkerung zuzuschreiben ist. Wenn wir uns zunächst an die Volkszählungsergebnisse im gesamten halten, so ist der Vergleich folgender:

Bestand der Wohnbevölkerung am 1. Dezember 1920:	674,394,
Bestand der Wohnbevölkerung am 1. Dezember 1910:	645,877,
Wirkliche Zunahme von 1910—1920:	<u>28,517.</u>

Die Zunahme von 28,517 = 4,41% stellt sich als eine mässige heraus im Vergleich zu derjenigen in den zwei frühern Volkszählungsperioden; von 1888—1900 betrug sie nämlich 52,754 = 9,83% und von 1900—1910: 56,444 = 9,57%. Die mässige Zunahme in der neuesten Periode von 1910—1920 kommt absolut und relativ derjenigen von 1870—1880 am nächsten (nicht derjenigen der zweiten Hälfte der 1850er Jahre, wie auf Seite 10 unserer letzten Volkszählungspublikation irrtümlich angeführt wurde; dort ist übrigens am Schluss des kleinen tabellarischen Auszugs die *jährliche* Vermehrung von 1910—1920 infolge eines Druckfehlers mit 812 unrichtig angegeben und sollte auf 2852 lauten).

Die Landesteile und Amtsbezirke weisen sehr ungleiche Veränderungen im Bestande der Bevölkerung auf; während diese im Mittelland um 22,134 Personen = 9,46%, im Seeland um 6312 = 7,48%, im Oberaargau um 878 = 1,89% und im Jura um 160 = 0,14% zugenommen hat, erscheint das Oberland mit einer Abnahme von 860 = 0,75% und auch das Emmental mit einer solchen von

*) Vergl. 1. Hauptergebnisse der eidg. Volkszählung vom 1. Dez. 1920 im Kanton Bern, Liefg. II, Jahrg. 1921, S. 10—13 und 2. Statistik der Bevölkerungsbewegung, Liefg. I, Jahrg. 1922, S. 83/84.

107 = 0,22%. Ferner zeigen die bedeutendste Zunahme die Amtsbezirke Bern mit 17,203 = 14,6%, Biel mit 8121 = 29,7%, Niderrimenthal mit 1483 = 13,5%, Saanen mit 651 = 12,0%, Büren mit 1254 = 10,6%, Neuenstadt mit 309 = 7,29%, Fraubrunnen mit 921 = 6,73% usw., während eine grössere oder geringere Abnahme registrieren: die Amtsbezirke Frutigen mit 4466 = 26,2% (infolge Beendigung des Lötschbergbahnbaues und daherigem Wegzug der italienischen Arbeiter), Nidau mit 3579 = 19,2% (infolge Gebietsabtrennung), Interlaken mit 2104 = 6,98%, Freibergen mit 681 = 6,42%, Oberhasle mit 303 = 4,45%, Courtelary mit 652 = 2,44% und Pruntrut mit 287 = 1,12%.

Mit beträchtlichen Vermehrungsquoten erscheinen natürlich die Städte Bern und Biel, nämlich Bern mit 18,975 = 22,1% und Biel mit 10,920 = 46,1%; indessen stellen dieselben nicht ausschliesslich einen wirklichen Zuwachs durch den bekannten Zuzug vom Lande dar, sondern zu einem wesentlichen Teil einen solchen durch Gebietsausdehnung resp. Vereinigung von Aussengemeinden (Bümpliz mit Bern, sowie Bözingen, Madretsch und Mett mit Biel). Ohne Gebietszuwachs beziffert sich die eigentliche Zunahme Biels faktisch nur auf 2000 Personen = 8,45%. Ueber die absolute und relative Zunahme der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden bietet die im II. Abschnitt des tabellarischen Teils der kantonalen Volkszählungspublikation*) enthaltene Darstellung die entsprechenden Nachweise zum Vergleich. Ueber das Zu- oder Abnahmeverhältnis in den 497 Gemeinden des Kantons mag noch der folgende abstufungsweise Auszug allgemein orientieren:

Eine Zunahme von 25,1—50%	weisen auf 10 Gemeinden,		
»	»	» 10,1—25%	» » 91 »
»	»	» 5,1—10%	» » 64 »
»	»	» 2,6— 5%	» » 61 »
»	»	» unter 2,5%	» » 55 »
Keine Zu- oder Abnahme			» » 3 »
Eine Abnahme von bis 2,5%			» » 57 »
»	»	» 2,6— 5%	» » 48 »
»	»	» 5,1—10%	» » 67 »
»	»	» 10,1—25%	» » 32 »
»	»	» 25,1—50%	» » 7 »
»	»	» über 50%	» » 2 »

*) Also Liefg. II, Jahrg. 1921 der Mitteilungen des kant. statist. Bureaus.

Die letzterwähnten zwei Gemeinden betreffen Kandersteg mit 79,5% und Kandergrund mit 64,3% Abnahme, die sich, wie gesagt, aus dem Wegzug der Arbeiterschaft nach erfolgter Beendigung des Lötschbergbahnbaues ergab.

Die Vermehrung der Bevölkerung eines Landes oder Staatsgebiets nun ist durch zwei Faktoren oder Elemente bedingt, nämlich durch den Ueberschuss der Geburten über die Sterbefälle sowie den Ueberschuss der Einwanderung über die Auswanderung, während die Abnahme der Bevölkerung umgekehrt durch den Ueberschuss der Sterbefälle über die Geburten sowie der Auswanderung über die Einwanderung entsteht. Je nachdem der eine den andern überwiegt, kann auch nur ein Faktor ausschlaggebend sein. Die Aufschlüsse hierüber für unsern Kanton gibt die bezügliche nach Amtsbezirken und Landesteilen erstellte Darstellung (Seite 100), aus welcher wir folgende Nachweise für den Kanton im gesamten hervorheben:

Geburtenüberschuss von 1910—1920	56,689 = 8,82 %.
Wirkliche Zunahme der Bevölkerung 1910—1920	28,517 = 4,41 %.
Abnahme durch Auswanderungsüberschuss	<u>28,172 = 4,36 %.</u>

Demnach hätte also die Bevölkerung des Kantons Bern nach dem Geburtenüberschuss um 56,689 Personen = 8,82% zunehmen sollen; da aber die Auswanderung die Einwanderung um 28,172 Personen = 4,36% überstiegen hat, so resultierte faktisch nur eine Zunahme von 28,517 Personen = 4,41%. Es ist allerdings zu bemerken, dass die Zahlen betr. Geburten- und Auswanderungsüberschuss nicht genau zutreffen, indem in unserer Berechnung die Geborenen und Gestorbenen des ganzen Kalenderjahres 1920, also des Monats Dezember 1920, statt des Monats Dezember 1910, berücksichtigt wurden; die dezennale Periode des natürlichen Bevölkerungswechsels deckt sich diesfalls also nicht ganz mit derjenigen der Volkszählungen. In den Auswanderungsüberschüssen ist natürlich sowohl die interkantonale und kontinentale, als auch die überseeische Auswanderung inbegriffen; die letztere ist zwar, wie sich aus unsern jeweilen in der Statistik der Bevölkerungsbewegung dargestellten Nachweisen ergibt, im Jahrzehnt 1910—1920 gegen früher (besonders seit der ersten Hälfte der 1880er Jahre) bedeutend zurückgegangen, nämlich von 4667 = 8,6‰ im Jahr 1883 auf 1154 =

1,8‰ im Jahr 1910; im Jahrzehnt 1910—1920 sank dann die Zahl der überseeischen Auswanderer noch weiter zurück bis 1918, wo sie nur noch 33 Personen = 0,05‰ betrug, jedoch 1919 wieder auf 529 = 0,79‰ und 1920 auf 1629 Personen = 2,41‰ anstieg.

Im ganzen Jahrzehnt von 1910—1920 belief sich die Zahl der überseeischen Auswanderer aus dem Kanton Bern auf 7216 Personen = 10,9‰ und betrug somit etwas mehr als den vierten Teil des Auswanderungsüberschusses überhaupt, woraus hervorgeht, dass dieser hauptsächlich aus der Abwanderung kantonsbernischer Bevölkerungsteile nach andern Kantonen und Ländern des Kontinents besteht. Wie viel diese beiden Auswanderungskontingente ausmachen, ist indes nicht nachweisbar. Wir hatten bereits in unserer Statistik der Bevölkerungsbewegung von 1906—1920 nachgewiesen, dass der Geburtenüberschuss in der Periode von 1910 bis 1920 noch wesentlich mehr als früher zurückging, sich aber immerhin im ganzen auf 56,689 = 8,82‰ belief, was nur dem Umstande zuzuschreiben ist, dass die Sterblichkeit (mit Ausnahme des durch die Grippe gekennzeichneten ausserordentlichen Sterbejahres 1918) ebenfalls wesentlich zurückgegangen war, denn sonst wäre der Geburtenüberschuss des ganzen Jahrzehnts wohl nicht unerheblich geringer ausgefallen.

Wie sich der Geburtenüberschuss und die wirkliche Vermehrung der Bevölkerung des Kantons in den Volkszählungsperioden seit 1870 im ganzen und durchschnittlich per Jahr gestaltet hat, geht aus folgendem Nachweis hervor:

a) Im ganzen:

Zeitperioden	Geburtenüberschuss		Wirkliche Vermehrung		Mehrauswanderung	
	absolut	‰	absolut	‰	absolut	‰
1870—1880	54,265	10,5	28,910	5,66	25,355	4,91
1880—1888	51,961	9,74	6,268	1,18	45,693	8,56
1888—1900	80,726	14,3	52,754	9,83	27,972	4,97
1900—1910	78,926	12,8	56,444	9,57	22,482	3,64
1910—1920	56,689	8,59	28,517	4,42	28,172	4,27

b) Durchschnittlich per Jahr:

1870—1880	5,426	1,05	2,891	0,57	2,535	0,49
1880—1888	6,495	1,22	783	0,15	2,711	1,07
1888—1900	6,727	1,19	4,396	0,82	2,331	0,41

Zeitperioden	Geburtenüberschuss		Wirkliche Vermehrung		Mehrauswanderung	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1900—1910	7,893	1,28	5,644	0,96	2,248	0,36
1910—1920	5,669	0,86	2,852	0,44	2,817	0,43

Der bisher stets in jeder Volkszählungsperiode zu Tage getretene Auswanderungsüberschuss über die Einwanderung ist eine symptomatische Erscheinung für den Kanton Bern; es lässt sich daraus folgern, dass nicht viel weniger als die Hälfte der den natürlichen Volkszuwachs repräsentierenden Personenzahl ihre Existenz oder ihren Erwerb im Kanton selbst nicht fand, sondern auswärts suchen musste und dass es daher um so notwendiger erscheint, die Erwerbsverhältnisse im eigenen Lande so günstig als möglich zu gestalten und alle auf Mehrung der Arbeitsgelegenheit und Hebung der wirtschaftlichen Lage abzielenden Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern.

Die Bevölkerungsdichtigkeit in den Amtsbezirken und Landesteilen des Kantons Bern.

In unserer bezüglichen Darstellung kommt die Bevölkerungsdichtigkeit durch dreifachen Nachweis zum Ausdruck, nämlich dadurch, dass 1. die Wohnbevölkerung von 1920 zum Gesamtareal und auch zum produktiven Areal, 2. die Zahl der Haushaltungen zur Zahl der Wohnhäuser und 3. die Zahl der Einwohner zur Zahl der Haushaltungen ins Verhältnis gesetzt wird.

1. Areal und Bevölkerung.

Im ganzen Kanton kommen 99,6, also rund 100 Einwohner auf den Kilometer Gesamtareal; mit Einschluss der Seefläche trifft es dagegen nur 97,9 Einwohner. Die Landesteile rangieren der Volksdichte nach wie folgt: Mittelland 213,3, Seeland 205,9, Oberraargau 168,3, Emmenthal 96,9, Jura 79,4 und Oberland 39,8 Einwohner per km². Von den Amtsbezirken stehen natürlich weit voran Biel mit 1400,3 und Bern mit 579,6 Einwohner; dann folgen noch Aarwangen mit 188,0, Nidau mit 170,3, Burgdorf mit 164,5, Thun mit 152,9, Büren mit 148,9, Konolfingen mit 146,9, Wangen mit 144,8, Trachselwald mit 127,8, Aarberg mit 125,0, Fraubrunnen mit 118,9, Seftigen mit 114,9, Laupen mit 109,9, Laufen mit 102,6 Einwohnern; die geringste Wohndichtigkeit weisen dagegen die oberlän-

dischen Amtsbezirke Oberhasle mit 11,8, Obersimmenthal mit 22,7, Saanen mit 25,1, Frutigen mit 25,7, Nidersimmenthal mit 40,5 und Interlaken mit 41,4 Einwohnern auf. Im Vergleich mit dem produktiven Areal wird das Dichtigkeitsverhältnis durchwegs, besonders in den oberländischen Amtsbezirken gesteigert. Im ganzen Kanton kommen nämlich diesfalls 194,9 Einwohner auf einen km², im Mittelland 232,6, im Seeland 222, im Oberraargau 176,7, im Emmenthal 109,5, im Jura 82,1 und im Oberland 65,4 Einwohner. Von den Amtsbezirken stehen wieder Biel mit 1722,5 und Bern mit 648,4 Einwohnern weit voran, während der Amtsbezirk Obersimmenthal nur 26,6, Oberhasle 40,0, Saanen 40,4 und Frutigen 40,9 Einwohner per km² aufweisen.

2. Haushaltungen und Wohnhäuser.

Bei diesem Vergleich kommen auf 100 Wohnhäuser des ganzen Kantons 170 Haushaltungen (anno 1880 waren es 154, anno 1900 164 und 1910 167 Haushaltungen). Man könnte daraus folgern, dass die Wohndichtigkeit in den letzten Jahrzehnten zugenommen habe, d. h. dass die Haushaltungen sich numerisch in stärkerem Verhältnis vermehrt hätten, als die Wohngebäude; hiefür müsste aber erst der genaue Nachweis geleistet werden, dass die Zahl der Wohnungen bezw. die Raumverhältnisse der Wohnhäuser mit der Zahl der Haushaltungen wirklich nicht Schritt gehalten hätten, was kaum der Fall ist, denn wenn man an die in den Städten erstellten Mietskasernen denkt, so ist es leicht möglich, dass die Zahl der Wohnhäuser hinter derjenigen der Haushaltungen zurückgeblieben sei, nicht aber die Zahl der Wohnungen und der Wohnräume, wenigstens nicht überall. Diese Annahme findet ihre Bestätigung mit dem Hinweis darauf, dass in den Amtsbezirken Biel, Bern und Courtelary auf 100 Wohnhäuser 307, 270 und 230 Haushaltungen kommen, während z. B. in Frutigen nur 121, in Saanen und Obersimmenthal 123, in Erlach 125, in Laupen 131, in Seftigen und Oberhasle 132 entfallen. Uebrigens hätte es auch für die neuere Zeit an direkten Beweisen hiefür nicht gefehlt, wenn seit 1880 nicht nur die Wohnhäuser, sondern auch die bewohnten Räume bei den Volkszählungen wie früher ermittelt worden wären. Auf 100 bewohnte Räume kamen anno 1860 150,8, anno 1870 151,1 und anno 1880 153,1 Bewohner; die Wohndichtigkeit war also damals im ganzen noch bei-

nahe die gleiche geblieben. Freilich musste die fortgesetzte Zunahme der Bevölkerung fast mit mathematischer Sicherheit dazu führen, dass dieselbe allmählich etwas enger zu wohnen genötigt war. Infolge Lahmlegung der privaten Bautätigkeit in der Kriegs- und Nachkriegszeit stellte sich dann allerdings da und dort in den grössern Städten und Ortschaften auch empfindliche Wohnungsnot ein, welche durch Unterstützung von Wohnungsbauten mit Bundes- und Staatssubventionen zu heben gesucht wurde. Die weitem Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse fallen in das Gebiet der Wohnungsstatistik, über welche weiter hinten im Anhang noch nähere Aufschlüsse gegeben werden sollen.

3. *Die Haushaltungen und Einwohner.*

Das Verhältnis der Haushaltungen zur Einwohnerzahl gibt die durchschnittliche Grösse der erstern an. Auf 100 Haushaltungen kamen im Kanton Bern nach der Volkszählung von 1920 durchschnittlich 460 Personen, so dass also auf eine Haushaltung 4,6 Personen fallen würden. Dieses Verhältnis hängt offenbar hauptsächlich von der Kinderzahl in den Familien ab, denn von den Landes- teilen steht das Emmenthal mit 5,09 Personen per Haushaltung am günstigsten da, während das Oberland nur 4,28, der Jura nur 4,45, der Ob- eraargau 4,64 und das Mittelland 4,77 aufweisen. Von den Amtsbezirken erscheinen mit der grössten Mitgliederzahl der Haushaltungen die rein oder vorwiegend ländlichen Bezirke Erlach mit 5,29, Konolfingen mit 5,25, Schwarzenburg mit 5,24, Seftigen mit 5,20, Signau mit 5,0 und Fraubrunnen mit 4,92, während Interlaken mit nur 3,97, Obersimmenthal mit 4,06, Biel mit 4,09, Courtelary mit 4,11, Oberhasle mit 4,26, Pruntrut mit 4,28, Niedersimmenthal mit 4,37, Bern mit 4,53 und Thun mit 4,54 Personen vom Gesichtspunkte des Kinderreichtums ziemlich ungünstig dastehen. In grossen Städten und in industriellen Zentren sind die Familien ihrem durchschnittlichen Mitgliederbestande nach also weniger zahlreich, als in ländlichen Gegenden. Fast wäre man versucht, diese Tatsache mit dem bedenklichen Rückgang der Geburten seit ca. 45 Jahren in Zusammenhang zu bringen. Zwar lässt sich zur Erklärung der niedrigen Personenzahl der Haushaltungen im Oberland und speziell in den Amtsbezirken Interlaken, Obersimmenthal, Oberhasle und Niedersimmenthal wohl auch der Umstand anführen, dass

aus den dortigen Gegenden stets aussergewöhnlich viele Familienglieder zur Winterszeit, also im Zeitpunkt der Volkszählung, des Erwerbes oder Verdienstes halber sich auswärts (in andern Kantonen und auch im Auslande) aufhalten und daher in den Familien oder Haushaltungen daheim nicht mitgezählt werden, sofern sie länger als drei Monate abwesend sind.

Seit 50 Jahren ist die Zahl der Haushaltsglieder im Kanton Bern überhaupt merklich zurückgegangen; es kamen nämlich

im Jahr 1860	auf 100 Haushaltungen	507	Personen,
» 1880	»	498	»
» 1900	»	482	»
» 1910	»	475	»
» 1920	»	460	»

Die Erklärung findet sich, wie gesagt, ohne Zweifel in vermindelter Kinderzahl per Familie und im vermehrten Wegzug vom Lande in die Städte, nach andern Kantonen und dem Ausland im Erwerbs- und Existenzinteresse. Da die Anstalten aller Art mit Bezug auf die Zahl der Insassen in den letzten 5—6 Jahrzehnten offenbar bedeutend zugenommen haben, so würden sich die Privathaushaltungen für sich allein betrachtet in Wirklichkeit noch mehr verkleinert haben. Es ist kaum anzunehmen, dass die Ursache auch davon herrühren könnte, dass sich die alleinstehenden Personen, welche eigene Haushaltung führen, zusehends merklich vermehrt hätten.

Die Geschlechtsverhältnisse.

Eine nicht unwichtige Feststellung durch die Volkszählungen ist diejenige betr. das numerische Verhältnis der Geschlechter. Bei Betrachtung der Gesamtzahl der männlichen und weiblichen Personen eines Staatsgebiets oder Landesteils muss einem stets die jeweiligen in die Erscheinung tretende Tatsache der Polarität resp. des annähernden numerischen Gleichgewichts der Geschlechter auffallen und zwar zunächst aus zwei Gründen: Erstens ist das Geschlechtsverhältnis unter der Kinderzahl der einzelnen Familien so verschieden, dass eine numerische Gleichheit beider Geschlechter im gesamten kaum denkbar erscheint, denn in den einen Familien finden sich ungleich mehr Knaben, in den andern ungleich mehr Mäd-

chen, die einen Familien haben sogar alles Knaben und die andern alles Mädchen; zweitens lehrt die Bevölkerungsstatistik, dass auf 100 Mädchen stets ca. 105 Knaben geboren werden, oder dass sich wenigstens ein diesem Verhältnis annähernd entsprechender Knabenüberschuss ergibt; im Kanton Bern betrug derselbe im 15jährigen Zeitraum von 1906—1920 sogar etwas mehr, nämlich 5,6 auf 100. Noch merkwürdiger gestaltet sich diese gesetzmässige Erscheinung, wenn bei den jeweiligen Volkszählungen ein numerisches Uebergewicht des weiblichen über das männliche Geschlecht konstatiert wird; es lässt sich dieses Faktum allerdings leicht dadurch erklären, dass die Sterblichkeit beim männlichen Geschlecht etwas grösser ist, als beim weiblichen, aber die Frage, auf welche Ursachen der Geburtenüberschuss von ca. 5 % beim männlichen Geschlecht zurückzuführen sei, bleibt trotz allen möglichen Erklärungsversuchen der Statistiker und Physiologen heute noch unbeantwortet. Mit diesem Problem bleibt der biologischen Forschung noch ein bedeutsames Tätigkeitsfeld offen. Das Geschlechtsverhältnis erscheint übrigens nach den letzten fünf Volkszählungen im Kanton Bern absolut variabel, wie nachstehender Nachweis zeigt:

Bevölkerung des Kantons Bern:

Bestand nach der	Männl. Geschlecht		Weibl. Geschlecht		Im ganzen
		%		%	
Volkszählung von 1880	265,741	49,9	266,423	50,1	532,164
Volkszählung von 1888	266,249	49,6	270,430	50,4	536,679
Volkszählung von 1900	296,417	50,3	293,016	49,7	589,433
Volkszählung von 1910	325,046	50,3	320,831	49,7	645,877
Volkszählung von 1920	334,433	49,6	339,961	50,4	674,394

Während also bei den Volkszählungen von 1880 und 1888 im Kanton Bern das weibliche Geschlecht überwog, stellte sich 1900 und 1910 das umgekehrte Verhältnis ein und zwar war das Geschlechtsverhältnis in diesen beiden Zeitpunkten relativ ganz gleich. Dagegen ergab die letzte Volkszählung von 1920 wiederum ein Ueberwiegen des weiblichen Geschlechts und zwar in gleichem Verhältnis wie anno 1888! Man wird diesen Wechsel im Geschlechtsverhältnis je nach 20 Jahren kaum anders zu erklären versuchen, als durch die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage bzw. der Erwerbsverhältnisse und des damit im Zusammenhang stehenden äussern

Bevölkerungswechsels, oder der Wanderungen, bei welchen die beiden Geschlechter mehr oder weniger beteiligt waren. Geographisch betrachtet zeigen pro 1920 vorwiegend die rein agrikolen Bezirke Erlach, Laupen, Fraubrunnen, Seftigen, Aarberg, Schwarzenburg, Obersimmenthal und Freibergen Ueberschüsse des männlichen Geschlechts von 9,6—2,6%, während in Bern und Biel, also in den grossen Städten das weibliche Geschlecht das männliche um 5,4% übertrifft; weibliche Ueberschüsse haben ausserdem noch Pruntrut mit 3%, Courtelary mit 2%, Oberhasle mit 1,8%, Aarwangen mit 1,4%, Münster mit 1,2%, Interlaken mit 1,0%, Thun mit 0,6% und Delsberg mit 0,4%. Ueberschüsse des weiblichen Geschlechts zeigen sich also hauptsächlich in grössern Städten und industriellen Gegenden.

Die Sprachverhältnisse.

Die Nachweise, von welchen in diesem Kapitel die Rede ist und die sich ebenfalls im tabellarischen Teil in gemeinde- und amtsbezirksweiser Darstellung vorfinden, gründen sich auf die Antworten auf die in der Personenkarte bei der Volkszählung von 1920 wie üblich gestellte vierteilige Frage nach der Muttersprache: deutsch, französisch, italienisch und andere Sprachen. Das bezügliche Zahlenverhältnis ist folgendes:

Deutsch	Französisch	Italienisch	Anderer Sprachen	Wohnbevölkerung im ganzen
559,408	106,816	5,958	2,212	674,394
= 83,0%	= 15,8%	= 0,88%	= 0,33%	= 100

Während früher, d. h. von 1880—1888, dann von 1888—1900 und von 1900—1910 die Verhältniszahl der deutschsprechenden Bevölkerung im ganzen um 3,36% zurückgegangen war, stellt sich dieselbe nun nach dem Ergebnis der neuen Volkszählung von 1920 wieder etwas günstiger, indem sie von 81,6% auf 83,0% angestiegen ist. In ganz unbedeutendem Masse ging dagegen die Verhältniszahl der französisch sprechenden Bevölkerung im letzten Jahrzehnt zurück, nämlich von 16,15 auf 15,8%, nachdem dieselbe in den früheren Perioden, d. h. von 1880—1910 von 14,8 auf 16,15% zugenommen hatte. Es ist wohl ohne weiteres klar, dass diese Verminderung der französisch sprechenden Bevölkerung in der letzten Volkszählungsperiode ausschliesslich der Abwanderung französischer Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen zuzuschreiben ist.

Einen ganz bedeutenden, absolut und relativ mehr als die Hälfte betragenden Rückgang hat dagegen die italienisch sprechende Bevölkerung von 1910—1920, nämlich von 1,99 auf 0,88 %, zu verzeichnen, was auf die Kriegereignisse zurückzuführen ist; die Angehörigen der andern Sprachen haben sich nur ganz unwesentlich, von 0,32 auf 0,33 % verändert. In geographischer Hinsicht stellen sich keine besondern Veränderungen heraus. Unter 97 % weisen folgende Amtsbezirke des deutschen Kantonsgebiets deutschsprechende Bevölkerung auf: Biel 66,2 %, Bern 93,1, Erlach 95,3, Laufen 95,6, Nidau 95,8, Saanen 96,0 und Büren 96,9 %. Die französisch sprechende Bevölkerung ist hauptsächlich vertreten in den jurassischen Amtsbezirken Freibergen mit 90,4 %, in Pruntrut mit 89,6, in Courtelary mit 78,0, in Delsberg mit 76,3, in Neuenstadt mit 75,9 %, sodann noch in Biel mit 30,7 %. Die italienisch sprechende Bevölkerung ist am meisten in Biel mit 2,59 %, in Büren mit 0,91 % und den jurassischen Amtsbezirken von 0,81 bis 1,93 % vertreten. Die andern Sprachen endlich sind in Bern mit 1 %, in Neuenstadt mit 0,61, in Biel mit 0,54, in Interlaken mit 0,49 % etc. vertreten.

Die vorliegenden Nachweise über die Sprachenverhältnisse bestätigen von Neuem, dass die Befürchtungen oder Anklagen wegen Germanisierung des welschen Kantonsteils durchaus unbegründet sind. Der Umstand, dass in Art. 17 der bernischen Staatsverfassung übrigens sowohl die deutsche als auch die französische Sprache als Landessprachen ausdrücklich anerkannt sind, und der bereits mehrfach an den Tag gelegte Beweis, dass die bernische Regierung vom besten Willen beseelt ist, nicht nur dieser Vorschrift in durchaus gerechter Weise Geltung zu verschaffen, sondern auch sonst durch wohlwollende Massnahmen dem Jura entgegenzukommen, sollte genügen, um Misstrauen und Argwohn fallen zu lassen, die separatistischen Tendenzen aufzugeben und den Landesbehörden volles Vertrauen zu schenken.

Die Konfessionsverhältnisse.

Die bei der eidg. Volkszählung von 1920 gestellte Frage nach der Konfession enthielt diesmal eine fünfteilige Unterscheidung, nämlich: protestantisch, römisch-katholisch, christkatholisch (altkatholisch), israelitisch und andere. Da sich schon längst das Bedürfnis fühlbar gemacht hatte, die Römisch-katholischen und Alt-

katholischen getrennt zu ermitteln, so erschien diese Unterscheidung wirklich zeitgemäss, indessen scheint dieses Unternehmen missglückt zu sein, indem die Fragestellung vielfach missverstanden und daher auch unrichtig beantwortet worden sein soll. Das eidg. statistische Bureau sah sich infolgedessen veranlasst, in seiner Publikation von der getrennten Bekanntgabe der Angaben der beiden katholischen Konfessionen Umgang zu nehmen, weshalb auch wir in unsern Darstellungen nach Gemeinden und Bezirken für beide wie früher nur e i n e Rubrik eröffnen konnten. Wir halten zwar dafür, dass die Ergebnisse, wie sie sich im Kanton Bern nach den vorläufigen Zusammenzügen herausstellten, nämlich 85,048 Römisch-katholische und 5009 Christ- oder Altkatholische dem wirklichen Bestande so ziemlich entsprochen hätten.

Die Nachweise betr. die Konfessionsverhältnisse stellen sich nun für den ganzen Kanton wie folgt:

Protestantisch	Katholisch	Israelitisch	Andere Konfession	Wohnbevölkerung im Ganzen
578,299	89,814	1,998	4,283	674,394
= 85.7 %	= 13.3 %	= 0.3 %	= 0.63 %	= 100.

Vergleichen wir diese Zahlen mit denjenigen von 1910, so finden wir eine absolute und relative Zunahme bei der protestantischen Bevölkerung um 30,296 = 5,53 %, dagegen eine Abnahme bei der katholischen Bevölkerung von 2064 = 2,25 %. Die israelitischen sowie die andern oder keiner Konfession Angehörigen sind bei ganz minimier absoluter Zunahme relativ gleichgeblieben. Die Verminderung der katholischen Bevölkerung erklärt sich unzweifelhaft aus dem Wegzug von Italienern und Franzosen in den Kriegsjahren. In geographischer Hinsicht ist folgendes festzustellen: Während im alten Kantonsteil die Bevölkerung grösstenteils protestantisch ist — die Relativziffern variieren nach den Landesteilen von 90,9 (Seeland) bis 99 % (Emmenthal) — erscheint der Jura im ganzen betrachtet mit 44,8 % Protestanten und 54,4 % Katholiken ziemlich paritätisch, jedoch ändert sich das Bild nach Amtsbezirken, indem der südliche Teil ganz überwiegend protestantisch, der nördliche Teil dagegen ganz überwiegend katholisch ist; zum südlichen Teil gehören die Amtsbezirke Neuenstadt mit 92,8 %, Courtelary mit 86,2 und Münster mit 68,3 % Protestanten, zum nördlichen Teil die Amtsbezirke Freibergen mit 89,5 %, Pruntrut mit 87,2, Laufen

mit 85,9 und Delsberg mit 77,0% Katholiken. Ziemlich stark vertreten sind die Katholiken ausserdem noch in den Amtsbezirken (bezw. Städten) Biel mit 5583 = 15,8% und Bern mit 13,110 = 9,7%, ferner noch in Interlaken mit 965 = 3,44% und Thun mit 1254 = 3,06%. Die Israeliten sind relativ am stärksten vertreten in Biel mit 443 = 1,25% und Bern mit 1059 = 0,78%, ebenso die andern oder ohne Konfession in Biel mit 592 = 1,67% und in Bern mit 1883 = 1,39%.

Die Altersverhältnisse.

1. Die Bevölkerung nach den drei Hauptaltersklassen.

Nach der herkömmlichen Unterscheidung umfassen die drei Hauptaltersklassen: 1. das Jugendalter von 0—14 Jahren, 2. das Mannesalter von 15—59 Jahren und 3. das Greisenalter von 60 und mehr Jahren. Im Bestande dieser Altersklassen stellt sich diesmal eine wesentliche Veränderung zu ungunsten des Jugendalters heraus, während die beiden andern Altersklassen, also das Mannes- und Greisenalter absolut und relativ erheblich zugenommen haben. Diese Erscheinung erweist sich als eine Folge des bereits bevölkerungsstatistisch nachgewiesenen Rückgangs der Geburten und der Abnahme der Sterblichkeit, d. h. letztere musste folgerichtig ihre günstige Wirkung auf das Mannes- und Greisenalter haben. Die Vergleichszahlen sind folgende:

Zeitpunkt	Es standen im Alter von						Wohnbevölkerung im ganzen
	0—14 Jahren		15—59 Jahren		60 u. mehr Jahren		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1. Dez. 1910	223,107	34,54	367,857	56,96	54,913	8,50	645,877.
1. Dez. 1920	205,267	30,4	410,305	60,8	58,822	8,72	674,394.

Von den Amtsbezirken erscheinen nur zwei noch mit verhältnismässig günstigem Bestande des Jugendalters, nämlich Delsberg mit 39,9 und Schwarzenburg mit 38,8%, wogegen die beiden Bezirke mit den grossen Städten Bern und Biel die geringste Besetzung des Jugendalters aufweisen, nämlich Biel nur 23,7 und Bern mit 25,4% ; dagegen sind es gerade diese beiden Amtsbezirke, welche am meisten Leute im Mannesalter aufweisen, nämlich Biel 68,9 und Bern 67,3%, während Schwarzenburg mit 52,9, Signau mit 55,1 und Sefligen mit 55,6% die geringsten Bestandesziffern für das Mannes-

alter aufweisen. Das Greisenalter ist am stärksten im Oberhasle mit 12,9%, am schwächsten in den Aemtern Münster mit 7,14, Bern mit 7,23, Biel mit 7,31 und Laufen mit 7,92% vertreten.

Dass eine vorwiegend starke Besetzung des Mannesalters oder der produktiven Altersklasse von günstigem Einfluss auf die Erwerbsfähigkeit der Bevölkerung sein muss, braucht wohl kaum noch besonders hervorgehoben zu werden; in den frühern Arbeiten über die Volkszählungsergebnisse haben wir denn auch diesem Momente besondere Beachtung gewidmet und zugleich eine vergleichende Untersuchung der diesbezüglichen Verhältnisse mit den andern Kantonen der Schweiz angestellt, wobei unser Kanton stets in ziemlich ungünstigem Lichte erschien; es ist dies auch neuerdings der Fall, wenn auch nicht mehr ganz in demselben Grade wie früher. Mit 60,8% der im produktiven Alter stehenden Personen steht der Kanton Bern immerhin noch unter dem Mittel der Schweiz, welches 62,6% beträgt. Die höchsten diesbezüglichen Relativzahlen weisen auf die Kantone mit den grossen Städten: Genf 72,5%, Baselstadt 69,5 und Zürich 67,5%, dann folgen noch Neuenburg mit 66,1%, Waadt mit 64,5 und Zug mit 63,2%, während Nidwalden mit 56,8, Obwalden mit 57,0, Wallis mit 57,2, Appenzell I.-Rh. mit 58% etc. am ungünstigsten stehen. Die Ziffer von Genf erscheint u. a. deshalb in so ungünstigem Lichte, weil dieser offenbar unter französischem Einfluss stehende Stadtkanton verhältnismässig weitaus am wenigsten Kinder besitzt, indem die im jugendlichen Alter stehenden Personen dort nur 17,5% ausmachen, während der Durchschnitt der Schweiz doch immerhin 27,9% und der löbliche Kanton Freiburg sogar mit 34,2%, also am günstigsten dasteht.

2. Die Bevölkerung nach Geburtsjahren.

Bei den Volkszählungen wird bekanntlich auch nach dem Geburtsjahr gefragt; gestützt auf die bezüglichen Angaben lassen sich dann die erforderlichen Ausmittlungen und Kombinationen des Alters der Bevölkerung erzielen. Je nach Bedürfnis und Zweck können nach Belieben verschiedene Altersgruppierungen vorgenommen werden; ausser der bereits im vorigen Kapitel besprochenen Unterscheidung zwischen Jugend-, Mannes- und Greisenalter weisen die vom eidg. statistischen Bureau veröffentlichten Ergebnisse gewöhnlich noch eine Gruppierung nach fünfjährigen Altersklassen

auf und zwar geschieht diese gleich wie die Darstellung nach Altersjahren in Verbindung mit dem Geschlecht und Zivilstand. Erfahrungsgemäss sind die Altersangaben in den Zählkarten der Volkszählung nicht durchwegs ganz sicher oder genau; es ist aber klar, dass die vorhandenen Ungenauigkeiten so viel als möglich berichtigt und die Fehlerquellen ausgeglichen werden müssen, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung eine zuverlässige Basis für die Berechnung der Lebenswahrscheinlichkeit, resp. für die Erstellung von Sterbetafeln bieten soll. Die Berechnung der menschlichen Lebensdauer muss sich unbedingt auf die Massenbeobachtungen der amtlichen Bevölkerungsstatistik und zwar entweder auf die Zahl der Lebenden und Gestorbenen oder auf das Alter der Lebenden und Gestorbenen stützen; zu diesem Behufe müssen, wie schon früher wiederholt dargelegt wurde, sowohl die Ergebnisse der Sterblichkeitsstatistik, als auch diejenigen der Volkszählungen zugrunde gelegt werden. Diese mit der Erstellung von sog. Absterbeordnungen verbundenen Rechnungsoperationen fallen mehr in das Pensum der Versicherungsmathematik und -Technik.

Bei der Betrachtung der Altersabstufung bzw. der numerischen Stärke der verschiedenen Altersklassen pro 1920 zeigen sich nicht wesentliche Differenzen zwischen den einzelnen Jahrgängen des männlichen und weiblichen Geschlechts; in den ersten 15 Jahrgängen überwiegt das männliche das weibliche Geschlecht numerisch etwas, vom 15.—35. Altersjahr dagegen überwiegen wieder die weiblichen Personen, vom 35.—45. aber zumeist wieder die männlichen, vom 45.—55. Jahr ist das gegenseitige Verhältnis ziemlich wechselnd und erst vom 56. Altersjahr an überwiegen wieder die weiblichen Personen und zwar nicht unerheblich über die männlichen. 7 Personen stunden im Alter von 95—98 Jahren, 7 weitere hatten das 94., 9 das 93., 20 das 92., 33 das 91. und 52 das 90. Altersjahr erreicht oder zurückgelegt. Ueber 90 Jahre alte Personen gab es im Kanton Bern anno 1900 53, anno 1910 63 und anno 1920 76; demzufolge könnte auf eine Vergünstigung des Alters bzw. Erhöhung der Lebensdauer geschlossen werden, was wenigstens durch die von uns für die letzten drei Volkszählungen vorgenommenen Berechnungen des Durchschnittsalters der Gesambevölkerung unseres Kantons bestätigt wird; für 1900 betrug dasselbe nämlich 26,8, für 1910 27,1 und für 1920 28,6 Jahre.

3. Die Bevölkerung nach fünfjährigen Geburts- und Hauptaltersklassen.

Aus der betreffenden Uebersicht im tabellarischen Teil ergeben sich zunächst die gleichen Wahrnehmungen, welche schon bei der Vergleichung der einzelnen Geburtsjahrgängen gemacht wurden, nämlich dass das weibliche Geschlecht nur in den vier ersten Fünfjahresklassen und sodann noch in der 8. Fünfjahresklasse weniger zahlreich vertreten ist, als das männliche, während es dieses in allen übrigen Fünfer-Geburtsjahresklassen an Zahl übertrifft. Werden nur vier Hauptaltersklassen, nämlich unter 15 Jahre alt, 15—44, 45—59 und 60 und mehr unterschieden, so ist das weibliche Geschlecht wieder nur in der ersten oder jüngsten Altersklasse schwächer vertreten, während es das männliche in den drei übrigen numerisch ziemlich übertrifft.

Die Zivilstandsverhältnisse.

Wir haben bereits in der Einleitung angedeutet, dass der Zivilstand nach den Volkszählungsergebnissen diesmal nicht nach Einwohnergemeinden, sondern nur nach Amtsbezirken veröffentlicht werden könne und die Gründe hiefür angeführt, warum die bezügliche Darstellung auf die Amtsbezirke beschränkt bleiben müsse. Der Nachweis des Zivil- oder Familienstandes bildet immerhin einen ziemlich wichtigen Bestandteil der Volkszählungen, denn von ihm hängt die natürliche Bevölkerungsvermehrung ab. Das Gesamtergebnis für den Kanton Bern stellt sich, wie folgt:

Ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden	Wohnbevölkerung im ganzen
406,558	226,478	37,526	3,832	674,493,
= 60.3 %	= 33.5 %	= 5.56 %	= 0.56 %	= 100.

Unter der Zahl der Ledigen sind allerdings mehr als die Hälfte Kinder oder jugendliche bzw. nicht heiratsfähige Personen inbegriffen, nämlich im ganzen 258,586, wovon 137,779 männliche und 120,807 weibliche. Ziehen wir diese jugendlichen oder nicht heiratsfähigen Personen von der Zahl der Ledigen ab, so bleiben noch 147,972 ehefähige Ledige oder 22,1 %, also nicht viel mehr als ein Drittel der als ledig rubrizierten Gesamtzahl übrig. In dieser letztern, also unter den 406,558 jugendlichen und ledigen Personen überwiegen die weiblichen die männlichen um 10,154 Personen; von

der Gesamtzahl der verwitweten Personen machen die weiblichen sogar weit mehr als die doppelte Zahl, nämlich 26,288 gegen 11,238 männliche aus; endlich überwiegen die weiblichen Personen die männlichen auch bei den geschiedenen nahezu um die doppelte Zahl (2352 gegen 1480). In geographischer Beziehung zeigen sich nicht sehr wesentliche Unterschiede in den Zivilstandsverhältnissen; die Gesamtzahl der Ledigen ist natürlich durchwegs hauptsächlich von der Kinderzahl abhängig, daher zeigen z. B. wiederum die Amtsbezirke Biel und Courtelary verhältnismässig am wenigsten Ledige, nämlich 54,2 und 56,1 %; allerdings wird in städtischen und industriellen Gegenden im allgemeinen auch früher und häufiger geheiratet, als in ländlichen. Am wenigsten Verheiratete weisen auf die ländlichen Bezirke Schwarzenburg mit 30 %, Signau mit 30,3, Freibergen mit 30,6, Seftigen mit 30,7 und Konolfingen mit 30,9 %, am meisten dagegen die Amtsbezirke Biel mit 39,1 und Courtelary mit 37,4 %. Am meisten Geschiedene finden sich in den Amtsbezirken Erlach (Anstaltsinsassen?) mit 1,25 %, Biel mit 1,0 und Bern mit 0,96 %, am wenigsten dagegen in den Amtsbezirken Freibergen mit 0,19 %, Laufen 0,22, Pruntrut 0,26, Signau 0,28, Aarwangen 0,31, Oberhasle 0,32 und Schwarzenburg mit 0,33 % etc.

Die Heimatsverhältnisse.

«Heimat, Heimat über alles» . . . möchte man bei der Behandlung dieses Kapitels ausrufen, besonders vom schweizerischen Standpunkte, wenn man einerseits an die bitteren Erfahrungen zurückdenkt, welche die am Kriege beteiligten Völker und auch unsere vom Schicksal hart betroffenen Auslandschweizer machen mussten und andererseits die glückliche Fügung zu schätzen weiss, durch welche unser Land von den Schrecknissen des Weltkrieges verschont geblieben ist. Die mit den Volkszählungen gewonnenen Nachweise über die Heimatsverhältnisse und Nationalität der Bevölkerung haben für die Gesetzgebung und die Verwaltung jeweilen besondere Bedeutung und zwar nicht nur in staatsbürgerlicher, sondern auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung, denn es kann für den Staat nicht gleichgültig sein, aus welchen Elementen seine Bevölkerung zusammengesetzt sei, ob die eigenen Bürger im Lande bleiben und ihr Auskommen finden, oder ob sie die Heimat

verlassen und fremden Elementen Platz machen, wie sich die heimatischen und bürgerrechtlichen Verhältnisse überhaupt gestalten. Ueber diese Fragen und Angelegenheiten sollen die aus der Volkszählung gewonnenen und in den nachfolgenden vier Unterabschnitten resümierten Aufschlüsse einigermaßen orientieren.

1. *Die Heimatsverhältnisse vom staats- und gemeindebürgerlichen Standpunkt im allgemeinen.*

Es ist eine längst nachgewiesene und bekannte Tatsache, dass die Bürger der Wohngemeinden gegenüber den Bürgern anderer Gemeinden einen stetigen Rückgang aufzuweisen hatten; diese Erscheinung hat sich zwar im letzten Volkszählungsjahrzehnt in etwas weniger starkem Grade geltend gemacht, als in frühern Perioden, indem das Verhältnis der Gemeindebürger nur um 2,1%, nämlich von 28,5 auf 26,4% zurückgegangen ist, während die Verminderung der Verhältniszißern früher 4—6% betragen hatte. Es ist wohl denkbar, dass sich dabei schon die Wirkungen der die Erwerbung des Gemeindebürgerrechts erleichternden Vorschriften des neuen Gemeindegesetzes vom 9. Dezember 1917 bemerkbar machten, indem dasselbe das Recht der Erteilung des Gemeindebürgerrechtes im Kanton Bern, welches früher ausschliesslich den Bürgergemeinden zustand, nun auch den Einwohnergemeinden und gemischten Gemeinden zuerkannte; in welchem vermehrten Masse hievon gegenüber früher Gebrauch gemacht wurde, kann freilich nicht nachgewiesen werden. Zugenommen haben seit dem Jahre 1910 neuerdings die Bürger anderer Gemeinden des Kantons, nämlich von 55,6 auf 57,6%. Das Verhältnis der Kantonsbürger gegenüber den Kantonsfremden ist dagegen seit 1910 nahezu gleich geblieben (84,1 zu 84%). Die Bürger anderer Kantone sind von 10,5 auf 12,2% angestiegen, die Ausländer dagegen von 5,43 auf 3,73% zurückgegangen. Das Zahlenverhältnis ist im ganzen pro 1910 und 1920 folgendes:

Pro	Bürger der Wohngemeinde	Bürger anderer Gemeinden des Kantons	Bürger anderer Kantone	Ausländer	Wohnbevölkerung im ganzen
1910	184,181	359,073	67,570	35,053	645,877
	= 28,5 %	= 55,6 %	= 10,5 %	= 5,43 %	= 100.
1920	178,441	388,210	82,577	25,166	674,394
	= 26,4 %	= 57,6 %	= 12,2 %	= 3,73 %	= 100.

Diese Verminderung des ortsbürgerlichen Elements und die Vermehrung des fremden Elements der Bevölkerung, welche schon seit bald einem Jahrhundert in die Erscheinung trat, ist die Folge des durch die neuzeitlichen Verkehrsmittel und die damit verbundene wirtschaftliche Entwicklung veranlassten äusseren Bevölkerungswechsels, welchem freilich auch durch die verfassungsgemäss garantierte Niederlassungs- und Gewerbefreiheit Vorschub geleistet wurde. Allerdings drohte diese Bewegung nachgerade einen so ernsthaften Grad anzunehmen, dass entsprechende Massnahmen gegen die sog. Ueberfremdung vielseitig ventilirt und gefordert wurden; indessen ist derselben durch die Kriegereignisse doch immerhin wesentlich Abbruch getan worden, seitdem die Ausländer in grosser Zahl abgewandert sind, so dass sich dieselben von 1910 auf 1920 selbst im Kanton Bern allein um nahezu 10,000 Personen vermindert haben.

In geographischer Hinsicht sind folgende Wahrnehmungen zu machen: Am meisten Gemeindebürger finden sich noch in den Amtsbezirken Frutigen 59,4%, Oberhasle 54,5, Schwarzenburg 54,4, Interlaken 52,7, Saanen 50,1 und Laufen 48,5%, am wenigsten in den Amtsbezirken Biel 5,52%, Bern 6,97 und Konolfingen 12,5%: letzterer hat dagegen weitaus am meisten Bürger anderer Gemeinden des Kantons, nämlich 82,3% zu verzeichnen. Am meisten sind die Bürger anderer Kantone vertreten in den Amtsbezirken Biel mit 27,3%, Laufen 25,0, Bern 22,3, Neuenstadt 20,8, Courtelary 20,3, Münster 16,5, Delsberg 15,3%, etc., am wenigsten in den Amtsbezirken Schwarzenburg 2,17%, Signau 2,89, Trachselwald 3,17, Seftigen und Obersimmenthal je 3,36, Frutigen 3,41, Konolfingen 4,27 und Freibergen 4,91%; am meisten Ausländer zählten die Amtsbezirke Biel 8,66%, Pruntrut 7,56, Bern 7,23, Laufen 6,23, Freibergen 5,77, Delsberg 5,29, Münster 5,12, Neuenstadt 4,59, Courtelary 4,24 und Interlaken 3,33%; am wenigsten dagegen Schwarzenburg 0,21%, Signau 0,52, Trachselwald 0,64, Seftigen 0,71, Konolfingen 0,86, Fraubrunnen 0,97, Wangen 1,04 und Obersimmenthal 1,05% etc.

Es wird sich nun noch um die Beantwortung der Fragen handeln, wie viele Berner sich in andern Kantonen befinden und in welchen, mit gleichzeitiger Angabe der zahlenmässigen Veränderung, ferner aus welchen Kantonen die im Kanton wohnenden

Schweizerbürger stammen, mit Angabe der zahlenmässigen Veränderung gegen früher und endlich aus welchen Staaten die im Kanton Bern wohnenden Ausländer herkommen und in welchen Amtsbezirken und Landesteilen sie ihren Wohnort haben. Die bezüglichlichen Nachweise befinden sich je in gesonderter Darstellung im tabellarischen Teil und sollen in den drei nachfolgenden Unterabschnitten noch erläutert werden.

2. *Die Berner-Kantonsbürger in andern Kantonen.*

Die in andern Kantonen wohnhaften oder niedergelassenen Berner bilden einen Teil des Wanderungsverlustes der Bevölkerung unseres Kantons; die andern Teile befinden sich im Auslande und zwar in andern Staaten des Kontinents und in überseeischen Ländern. Die Zahl der in andern Kantonen befindlichen Berner hat im Jahrzehnt 1910—1920 wiederum ganz bedeutend zugenommen, nämlich um 42,676 = 22,5 %. Wir führen den numerischen Bestand und die Veränderung derselben hienach pro 1900, 1910 und 1920 im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung an:

	Zahl der Berner Kantonsbürger am 1. Dez.				Vermehrung von 1910-1920			
	1900	%	1910	%	1920	%	Anzahl	%
a) In andern Kantonen	151,254	22,8	189,470	25,9	232,146	29,1	42,676	22,5
b) Im Kanton Bern	511,550	77,2	543,254	74,1	566,651	70,9	23,397	4,30
c) Im ganzen	662,804	100	732,724	100	798,797	100	66,073	8,30

Mit Hinzurechnung der Zahl der Berner in andern Kantonen würde sich also die Gesamtzahl der Berner-Kantonsbürger in der ganzen Schweiz auf nahezu rund 800,000 belaufen; weitaus am meisten Berner befinden sich in den Kantonen Waadt, Neuenburg, Zürich und Solothurn. Die grosse Zahl der in den welschen Kantonen sich aufhaltenden Berner beiderlei Geschlechts erklärt sich offenbar aus der üblichen Welschlandgängerei zum Zwecke der Erlernung der französischen Sprache; wenigstens ist anzunehmen, dass ein grosser Teil davon in Pensionen und Internaten untergebracht ist.

3. *Die im Kanton Bern wohnenden Schweizerbürger anderer Kantone.*

Auch die Angehörigen der übrigen Kantone im Kanton Bern haben in der letzten Volkszählungsperiode relativ nahezu so stark zugenommen, wie die Berner in andern Kantonen, nämlich um

15,007 = 22,2 % ; die Gesamtzahl der erstern betrug am 1. Dezember 1920 82,577. Das grösste Kontingent hievon liefern, wie schon früher, die Aargauer, nämlich 15,623, dann folgen die Solothurner mit 11,426, die Zürcher mit 9838, die Neuenburger mit 7425, die Waadtländer mit 4863, die Luzerner mit 4804, die Freiburger mit 4342 und die Thurgauer mit 4120 etc. In den frühern eidg. Volkszählungswerken waren diese Nachweise in amtsbezirksweiser Uebersicht enthalten, in derjenigen von 1920 aber fehlt diese, sodass wir genötigt sind, diesmal nur die Gesamtnachweise für den Kanton aufzunehmen.

4. Die Ausländer im Kanton Bern nach ihrer Herkunft.

War es leider aus kaum begreiflichen Gründen nicht möglich, den Wohnort der Angehörigen anderer Kantone wenigstens amtsbezirksweise darzustellen, so kommt dieser Vorzug im eidg. Quellenwerk merkwürdigerweise den Ausländern zu, so dass wir in der Lage sind, die Herkunftsländer derselben in einer ziemlich detaillierten Uebersicht nach Amtsbezirken und Landesteilen zu registrieren. Wir haben bereits aus einer vorhergehenden Darstellung gesehen, dass die Zahl der Ausländer im Kanton Bern von 1910 bis 1920 von 35,053 auf 25,166, also fast um 10,000 zurückgegangen ist und zwar infolge der Kriegsergebnisse. Von den verbliebenen 25,166 Ausländern haben ihren Wohnort gut zur Hälfte in den Städten Bern und Biel, denn auf den Amtsbezirk Bern entfallen 9782 und auf denjenigen von Biel 3067. Von den übrigen Amtsbezirken weisen noch ziemlich zahlreiche Kontingente auf: Pruntrut 1915, Münster 1217, Courtelary 1108, Delsberg 982, Interlaken 936 und Thun 882. Am zahlreichsten waren die deutschen Reichsbürger, nämlich mit 9156, dann die Italiener mit 6995, die Franzosen mit 4696, die Oesterreicher (samt Lichtensteinern) mit 1259, die Tschechen mit 593, die Russen mit 522 und die Polen mit 465 vertreten. Von den deutschen Reichsbürgern waren 2444 Badenser, 2248 Preussen, 1973 Württemberger, 1254 Bayern, 575 Sachsen und 662 übrige Deutsche. Europäer waren im ganzen 24,815, ferner Amerikaner 211, wovon 121 Nordamerikaner, Asiaten 96, Afrikaner 37, Australier 7.

Infolge der bedeutenden Verminderung der Ausländer im letzten Volkszählungsjahrzehnt ist die Fremdenfrage, zumal im Kanton

Bern, nicht mehr so akut geworden, wie noch in der Vorkriegszeit; immerhin bleibt die Lösung des Einbürgerungsproblems für die Schweiz eine der wichtigsten Massnahmen der Bundesgesetzgebung vorbehalten. Die Ueberfremdungsgefahr besteht freilich mehr in volkswirtschaftlicher, als politischer Beziehung fort, weshalb es nicht unangebracht erscheint, den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer auch fernerhin einer strengern Kontrolle zu unterwerfen und die erlassenen Einfuhrverbote im Interesse der wirtschaftlichen Selbständigkeit bezw. der Eigenproduktion noch aufrecht zu erhalten. Das Ausländerproblem ist in neuester Zeit im Kanton Bern insofern zu einem im Grunde recht harmlosen Streitobjekt geworden, als von Seite der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei eine Initiative lanciert wurde, mit dem Begehren, dass für die Volksvertretung resp. für die Bestimmung der Zahl der Abgeordneten in den Grossen Rat nicht mehr die gesamte Wohnbevölkerung, sondern lediglich die schweizerbürgerliche Bevölkerung zugrunde gelegt werden solle. Obwohl die Ausländer diese Initiative als eine gegen sie gerichtete Spitze empfinden können, so wird ihre Stellung dadurch weder politisch noch wirtschaftlich irgendwie berührt oder gar beeinträchtigt, und es wäre auch keine anstoss-erregende Neuerung auf staatsbürgerlichem Gebiete, wenn diese Initiative in Form einer Verfassungsänderung mit gleichzeitiger Erhöhung der Wahlzahl von 3000 auf 3200 im Wege der Volksabstimmung zustande käme, indem bereits zehn zum Teil grosse Kantone mit der Hälfte der Bevölkerung der Gesamtschweiz das Schweizerbürgerprinzip bei den Wahlen schon früher eingeführt hatten. Uebrigens soll die vorerwähnte Massnahme eine loyale, wohlwollende Behandlung der Ausländer nach wie vor nicht ausschliessen, sofern es sich nicht um verbrecherische oder staatsgefährliche Elemente handelt, denn im Zeitalter der Völkerverbrüderung und intensiver Friedensbestrebungen versteht sich solches von selbst, zumal für ein bedeutendes Glied des schweiz. Bundesstaates oder für diesen selbst, dessen traditionelle Gastfreundschaft in der Ausübung des Asylrechts von jeher in weitgehender Weise bekundet wurde und der sich auch sonst durch humanitäre Bestrebungen und Beweise freundnachbarlicher Gesinnung gegenüber den Angehörigen anderer Staaten je und je ausgewiesen hat.

Die Bevölkerung des Kantons Bern nach dem Geburtsort.

Bei der Ausarbeitung der Volkszählungsergebnisse bildete der Nachweis des Geburtsortes in neuerer Zeit ein ziemlich umständliches, aber nicht unbedeutendes Pensum der amtlichen Statistik, indem aus den Ergebnissen der äussere Bevölkerungswechsel bzw. der Grad der Wanderungen von einer Gegend zur andern, von Ort zu Ort näher hervorging. Wie es in andern Staaten von den zentralen statistischen Aemtern zu geschehen pflegte, so befasste sich auch das eidg. statistische Bureau ziemlich eingehend mit diesem Problem und es kamen daher die bezüglichen Nachweise in den eidg. statistischen Quellenwerken nicht nur in summarischen Rubriken nach Einwohnergemeinden — ähnlich denjenigen betr. den Heimatort —, sondern auch spezifiziert in der Weise zur Darstellung, dass z. B. daraus ersichtlich war, in welchen Kantonen und Bezirken die in den einzelnen Gemeinden und Bezirken des Kantons Bern wohnenden Personen geboren waren, oder auch wie viele der im Kanton Bern ausserhalb ihrer Wohngemeinde geboren waren und zwar in welchen Gemeinden und in welchen Bezirken dieselben wohnen, ferner in welchen Kantonen die im Kanton Bern und den einzelnen Bezirken Geborenen wohnen, oder endlich wie viele Einwohner der Schweiz bzw. des Kantons Bern im Auslande geboren wurden und in welchen Ländern, kombiniert mit dem Nachweis, in welchen Kantonen und Bezirken sie wohnen. Obwohl diese Spezialnachweise über die Gebürtigkeit der Bevölkerung für die Wanderungsstatistik und unter Umständen auch für Verwaltungszwecke einen gewissen Wert haben mögen, so konnten wir uns doch nicht entschliessen, dieselben ihrer ganzen Ausdehnung nach im Druck zu berücksichtigen; wir sahen uns daher der Raum- und Kostenersparnis halber genötigt, von der auszugsweisen Wiedergabe derselben wie auch von der Aufnahme der Hauptrubriken in der gemeindeweisen Darstellung Umgang zu nehmen und uns bloss auf eine amtsbezirksweise Uebersicht der Hauptergebnisse zu beschränken. Wir teilen das Gesamtergebnis dieser Darstellung hier mit:

Von der Bevölkerung des Kantons Bern hatten ihren Geburtsort:

Pro	In der Schweiz	Im Kanton Bern	In der Wohnge.	In andern Gdn. des Kts.	In andern Kantonen	Im Ausland
1910	—	—	335,024	230,696	51,639	28,518
	—	—	= 51,9 %	= 35,7 %	= 7,99 %	= 4,41 %
1920	649,537	584,603	341,698	242,905	64,934	24,857
	= 96,3 %	= 90 %	= 58,4 %	= 41,6 %	= 10 %	= 3,68 %

In der Wohngemeinde geborene Bürger derselben wurden 144,455 = 42,3% der in der Wohngemeinde überhaupt Geborenen gezählt. Nach den einzelnen Amtsbezirken und Landesteilen ergeben sich keine besonders auffallenden Unterschiede; dass die Amtsbezirke mit den grossen Städten Bern und Biel sozusagen relativ am wenigsten in der Schweiz und im Kanton geborene Personen, namentlich weitaus am wenigsten in der Wohngemeinde geborene Bürger derselben, dagegen am meisten in andern Gemeinden des Kantons, in andern Kantonen und im Ausland geborene aufweisen, erscheint angesichts der Fluktuationen der städtischen Bevölkerung ohne weiteres begreiflich. Bemerkenswert ist noch, dass der Amtsbezirk Konolfingen den geringsten Prozentsatz der in der Wohngemeinde geborenen Personen aufweist und auch mit dem niedrigsten Prozentsatz der in der Wohngemeinde geborenen Bürger derselben nach den Bezirken Biel und Bern im dritten Rang steht, wogegen dann Konolfingen allerdings mit dem höchsten Prozentsatz der in andern Gemeinden des Kantons Geborenen erscheint. Aus der im eidg. Volkszählungsbande pro 1910 enthaltenen speziellen Darstellung erfahren wir zudem, dass von 16,378 in den Gemeinden des Amtes Konolfingen Geborenen 15,392 im Kanton Bern und nur 5522 im Amt Konolfingen selbst wohnten. Gegenüber dem Stande der Gebürtigkeit von 1910 haben überhaupt absolut am wenigsten die in der Wohngemeinde Geborenen zugenommen, nämlich um 6674 Personen; die in andern Gemeinden des Kantons Geborenen haben dagegen um 12,209 und die in andern Kantonen Geborenen um 3295 zugenommen, während die im Ausland Geborenen nach dem bekannten Wegzug der Ausländer um 3661 Personen zurückgegangen sind.

Da eine besondere Veranlassung für uns dermalen nicht vorliegt, die äussere Bevölkerungsbewegung und die Wanderungen auf Grund der Nachweise über den Geburtsort zahlenmässig weiter zu verfolgen, so glauben wir davon absehen zu können, um so mehr als bereits durch die Nachweise über die Bevölkerungszunahme und die Heimatsverhältnisse konstatiert wurde, dass der Kanton Bern stetsfort eine Mehrauswanderung hat und ein grosses Kontingent seiner Bevölkerung auswärts wohnhaft oder niedergelassen ist: Nicht weniger als 232,146 Berner (Kantonsbürger und -Bürgerinnen) befanden sich am 1. Dezember 1920 in andern Kantonen, dagegen wurden gleichzeitig nur 82,577 Schweizerbürger aus andern Kan-

tonen als im Kanton Bern wohnend ermittelt. Der Kanton Bern besitzt nach dem bereits hievor zitierten Werk (Seite 324) von allen Kantonen verhältnismässig am wenigsten Bürger, die in ihrer Heimatgemeinde wohnhaft sind, nämlich nur 25,1%, während ausser Luzern mit 25,9%, Thurgau mit 27,5 und Appenzell A.-Rh. mit 28,8% die meisten andern Kantone 40—60% und darüber aufweisen.

Wir können den bei unsern Untersuchungen gemachten Wahrnehmungen neuerdings wie folgt Ausdruck geben: Die Signatur der Wanderbewegung der Bevölkerung des Kantons Bern ist fort-dauernder Zuzug vom Lande in die Städte und daheriger Bevölkerungsverlust der ländlichen Bezirke; hierbei dürfte es sich hauptsächlich um weibliche Dienstboten sowie um landwirtschaftliche Arbeitskräfte handeln; erhebliche Mehrauswanderung aus dem Kanton als Einwanderung in denselben, besonders von Personen im produktiven Alter mit der Kehrseite, dass dieselben zum Teil später, wenn die Kräfte verbraucht oder wenn sie alt und krank geworden sind, wieder in die Heimat- oder frühere Wohngemeinde zurückwandern. Die Erwerbs- und Existenzverhältnisse resp. die Aussicht auf passende Arbeit und bessern Verdienst bilden zumeist die Ursache und den Zweck der Wanderungen. Als Massenerscheinung ist die Wanderbewegung nur dann eine gesunde, wenn sie den richtigen Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage vermittelt; indessen ist die Erscheinung eine krankhafte, wenn durch die Wanderungen einzelne (besonders Gebirgs-) Gegenden entvölkert und andere übervölkert werden. Die äussere Bevölkerungsbewegung des Kantons Bern und der Schweiz hat in der Tat einen bedeutenden Umfang angenommen, aber sie bietet im allgemeinen dennoch keinen Anlass zu ernstern Bedenken oder gar zu überstürzten, utopischen Massnahmen, denn sie entspringt ohne Zweifel den Bedürfnissen der modernen Kulturentwicklung und dem Wandertrieb unserer Bevölkerung. Möge dieselbe ihre sittlichen Prinzipien und Tugenden wie Arbeitsamkeit, Fleiss und Sparsamkeit auch fernerhin im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt betätigen.

Die Berufsverhältnisse der Bevölkerung.

Die Untersuchung der Berufsverhältnisse der gesamten Bevölkerung eines Staatsgebiets nach dem Stande, wie sie sich auf einen bestimmten Zeitpunkt ergeben, sowie die Vergleichung derselben

mit denjenigen früherer Zeitpunkte soll die Berufsstatistik ermöglichen. Den berufsstatistischen Nachweisen kommt denn auch neben den Ergebnissen der Gewerbe- oder Betriebszählungen in volkswirtschaftlicher Hinsicht besondere aktuelle Bedeutung zu; denn sie geben zahlenmässigen Aufschluss über die Struktur der Erwerbstätigkeit und die Berufsgliederung der Bevölkerung. Das grundlegende Material für diese Nachweise bilden die Zählkarten der jeweiligen Volkszählungen und zwar die Antworten auf die darin gestellte Frage nach dem Haupt- und Nebenberuf jeder einzelnen Person. Die Ergebnisse der Bearbeitung seitens des eidg. statistischen Bureaus erschienen gewöhnlich (bis und mit 1910) in einem grössern Bande (III) der Volkszählungen mit ziemlich erschöpfenden Darstellungen, so dass alle wünschbaren Vergleichen auch in geographischer Hinsicht wenigstens nach Amtsbezirken ermöglicht waren. Da die neuesten berufsstatistischen Darstellungen nun mit den übrigen Volkszählungsergebnissen von 1920 ebenfalls in der kantonsweisen Ausgabe enthalten waren, so nahmen wir ohne weiteres an, dass auch diese vollständig und vergleichbar seien und basierten unsere Auszüge in Anlehnung an die frühern auf dieselben. Indessen sahen wir uns in unsern Erwartungen ziemlich enttäuscht, indem verschiedene Materien in der eidg. Publikation in veränderter Darstellung erschienen oder zum Teil sogar fehlten, so dass unsere vergleichenden Darstellungen in den betr. Teilen gestört oder verunmöglicht wurden. Es hat keinen Zweck und ist auch nicht unsere Absicht, die Sonde der Kritik nachträglich anzulegen, aber bemerken müssen wir doch, dass man bei der Bearbeitung der Berufsstatistik an der eidg. Zentralstelle Wesentliches vom Unwesentlichen unbedingt besser hätte unterscheiden und sich zweimal besinnen sollen, bevor man Aenderungen in der Berufsklassifikation und -Zuteilung vornahm, welche nicht unbedingt notwendig und daher nicht angebracht erschienen. Dagegen hätten wir auf eine Hauptpartie der berufsstatistischen Bearbeitung des eidg. statistischen Bureaus, welche einen grossen Raum einnimmt, vom statistisch-volkswirtschaftlichen Standpunkte aus gerne verzichtet, nämlich auf die Nachweise nach dem Ort oder Raum der Berufsausübung, ob in Bureaux oder Fabriken, Werkstätten, Verkaufsläden, Wohnräumen und andern Lokalen, ob zum Teil in geschlossenen Räumen oder im Freien, ob (wenn im Freien) auf festem Boden, auf Dächern, Ge-

rüsten und Leitern, auf dem Wasser oder in der Luft etc., abgesehen davon, dass es wohl äusserst schwer hält, diese Unterscheidungen durch alle Berufsarten hindurch mit auch nur annähernder Sicherheit und Zuverlässigkeit zu erzielen. Auch die Altersgliederung der einzelnen Berufe hätte im Interesse der Vereinfachung und Raumsparnis füglich auf den Gesamtkanton beschränkt werden können, statt sie auf alle Bezirke auszudehnen. Gerade bei der Erstellung einer Berufsstatistik sollte doch stets das Hauptbestreben zur Geltung kommen, allfällige Differenzen von einer Zählung zur andern, die von ungleicher Rubrizierung oder Klassifikation bei der Bearbeitung herrühren, tunlichst zu vermeiden.

In der hienach folgenden abschnittweisen Besprechung der berufsstatistischen Ergebnisse von 1920 gedenken wir nur die bemerkenswertesten Erscheinungen und Tatsachen kurz hervorzuheben. Unsere Auszüge und vergleichenden Nachweise sind auf das Wesentlichste beschränkt, beziehen sich aber immerhin so viel als möglich auf die Unterscheidung zwischen den Berufstätigen und Angehörigen resp. Ernährten und des Geschlechts, sowie auf die weitere Spezifikation nach Berufsgruppen, Berufszweige und Berufsarten, ebenso auf die Verteilung nach Amtsbezirken und Landesteilen mit zweckdienlichen Verhältnisberechnungen. Damit glauben wir den Hauptzweck der vorliegenden Bearbeitung, nämlich die Verwertung der Volkszählungsergebnisse mit Bezug auf den Beruf oder Erwerb der Bevölkerung im Wege leichtfasslicher Darstellungen, soweit wir es als in unserer Aufgabe liegend betrachteten, bestmöglich erreicht zu haben.

1. Die Bevölkerung nach Hauptberufsklassen.

Die erste Darstellung im tabellarischen Teil ermöglicht einen dreifachen Einblick in die Gestaltung der Berufs- oder Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung des Kantons Bern nach Hauptberufsklassen, nämlich erstens den Vergleich der Gesamtbevölkerung nach dem jeweiligen Stande der Volkszählungen von 1870—1920, zweitens den analogen Vergleich der Berufstätigen nach Massgabe der Volkszählungen von 1870—1920 und drittens das Verhältnis der Berufstätigen und Berufsangehörigen mit Unterscheidung des Geschlechts nach dem Stande von 1920. Aus der Vergleichung der beiden vorgenannten Zahlengebilde geht in erster Linie die bereits

von früher her bekannte und neuerdings in die Erscheinung getretene Tatsache hervor, dass die landwirtschaftltreibende Bevölkerung sich fortwährend vermindert, die Bevölkerung der übrigen Berufsklassen (mit Ausnahme derjenigen der persönlichen Dienstleistungen und der Berufslosen) dagegen absolut und relativ zunimmt. Im Jahr 1880 machte die der Urproduktion angehörende Bevölkerung noch 43,4% und 1920 nur noch 29,5% aus; die industrielle und gewerbliche Bevölkerung betrug dagegen 1880 35,5% und 1920 41%, sodass letztere die erstere bereits in der Zeit von 1888—1900 an Zahl überflügelte und nun die stärkste resp. zahlreichste Hauptberufsklasse darstellt. Bei den Berufstätigen weisen übrigens alle Hauptberufsklassen, ausgenommen diejenige der öffentlichen Verwaltung inkl. der liberalen, wissenschaftlichen und künstlerischen Berufsarten je 2—3% höhere Anteilsziffern auf, als bei der Gesamtbevölkerung, aber die relative Ab- oder Zunahme blieb beidseitig annähernd dieselbe; die Berufstätigen in der Urproduktion machten 1920 31,9%, diejenigen von Industrie und Gewerbe 43,3%, diejenigen vom Handel 10,5%, vom Verkehr 5% und von der öffentlichen Verwaltung, der Rechtspflege, Wissenschaft und Kunst 8,1% aus. In unserer frühern, in Lieferung I, Jahrg. 1908 der «Mitteilungen» erschienenen Arbeit über die Berufsverhältnisse von 1900 bemerkten wir u. a. folgendes: «In wirtschaftlicher Hinsicht kann diese Verschiebung der Bevölkerung unter Umständen recht nachteilige Folgen haben.» Die bitteren Erfahrungen und Prüfungen, welche der Weltkrieg und die unheilvolle Nachkriegszeit gebracht haben, reden in der Tat eine deutliche Sprache. Aber die nachteiligen Folgen manifestierten sich nicht durch den Rückgang des numerischen Stärkeverhältnisses der Landwirtschaft, sondern durch die gefahrvolle Ueberindustrialisierung unserer schweizerischen Erwerbswirtschaft, indem die auf den weltwirtschaftlichen Verkehr angewiesenen Exportindustrien durch Arbeitsmangel beinahe stille gelegt und daher in ihrer Existenz arg bedroht wurden, so dass sich eine Arbeitslosigkeit in nie dagewesenem Umfange und allgemeine Not einstellte, welche der zeitgenössischen Generation noch lange in unheimlicher Erinnerung bleiben wird. Der Landwirtschaft kommt dagegen — es muss dies trotz allen Anklagen und Verdächtigungen in unvoreingenommener Weise anerkannt werden — immerhin das Verdienst zu, dass sie sich unserm Volke in der Kriegs- und Nach-

kriegszeit in der Tat als wirklicher Nährstand und als die rettende Hand vor dem wirtschaftlichen Ruin und vor Hungersnot erwies. Die Verschiebung des numerischen Bestandes der Hauptberufsgruppen zu Ungunsten der Landwirtschaft hatte noch andere bedenkliche Nachteile und Schattenseiten zur Folge, nämlich die sich mehr und mehr zuspitzenden Klassenkämpfe mit ihren die wirtschaftliche und sittliche Kultur schädigenden Begleiterscheinungen. Dass die wirtschaftlichen Interessen- und die beruflichen Organisationsbestrebungen zwar nicht nur dem politisch organisierten Teil der Arbeitnehmer, in ihren mit bewundernswerter Disziplin geleiteten Gewerkschaften und sozialdemokratischen Vereinigungen als Privileg verbleiben konnten, sondern dass auch die Arbeitgeber sich gezwungen sahen, um ihre Existenz zu kämpfen und sich, obwohl numerisch im Nachteil, entschieden zur Wehr zu setzen, erscheint wohl begreiflich. Die einzelnen Berufsstände und wirtschaftlichen Vereinigungen suchten ihre gemeinsamen Interessen mehr und mehr wahrzunehmen und den berechtigten Wünschen und Postulaten durch ihre Vertretungen in den grossen wirtschaftlichen Verbänden sowie in den Parlamenten mehr und mehr Geltung zu verschaffen. Im Kanton Bern führten die drohenden Ereignisse im Jahr 1918 zu einer Neugestaltung der politischen Parteien resp. zur Gründung einer bürgerlichen Ordnungspartei, nämlich der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Doch wie auf internationalem Gebiete im Verhältnis der Völker zu einander die wohlgesinnten Bestrebungen auf Versöhnung und ungehemmten Verkehr derselben sowie auf den friedlichen Wettkampf der Arbeit in der Weltwirtschaft abzielen, so kann auch in der nationalen Erwerbs- und Volkswirtschaft das Heil nur im Wege der Ausgleichung der Klassengegensätze sowie gemeinsamer, friedlicher Arbeit unter Anspannung aller Kräfte zur Hebung und Förderung der Produktion für den Eigenbedarf, als auch der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland im Interesse der wirtschaftlichen Selbständigkeit und möglicher Unabhängigkeit erreicht werden.

Zum zahlenmässigen Anteilsverhältnis der Landwirtschaft gegenüber demjenigen von Industrie und Gewerbe ist übrigens noch darauf aufmerksam zu machen, dass dasselbe für die erstere stets viel zu ungünstig ausfallen muss, weil die Volkszählungen im Dezember, also in einem Zeitpunkt stattfinden, wo die Landwirtschaft ziemlich

stille steht, dass dieselbe dagegen mit Bezug auf die Zahl der beschäftigten Personen bei einer Betriebszählung im Sommer in einem viel günstigeren Lichte erscheint, wie die eidg. Betriebszählung vom 9. August 1905 bewiesen hatte. Nach derselben wies die Urproduktion nämlich 51,3%, Industrie und Gewerbe dagegen nur 31,7% der Berufstätigen oder in den Betrieben beschäftigten Personen auf. Dieser Nachweis (und eine zweite eidg. Betriebszählung würde das Faktum neuerdings bestätigen) berechtigt immerhin zu der erfreulichen Schlussfolgerung, dass unsere Landwirtschaft noch nicht dem völligen Niedergang preisgegeben ist, wie etwa von gewisser Seite irrtümlich angenommen wird, sondern dass ihr noch immer trotz bestehender Uebelstände eine fundamentale, hervorragende Bedeutung zukommt.

Eine besondere Wahrnehmung besteht darin, dass das männliche Geschlecht bei der Landwirtschaft nicht nur absolut und relativ stärker vertreten ist, als das weibliche, sondern dass das erstere nach den Volkszählungsergebnissen von 1880—1900 sich relativ günstiger stellte, als das weibliche Geschlecht, indem die männlichen Berufstätigen anno 1880 73,5% und die weiblichen 26,5%, anno 1888 die männlichen 81,7%, die weiblichen 18,3%, anno 1900 die männlichen 86% und die weiblichen nur 14,0% ausmachten, während bei den andern Hauptberufsklassen, insbesondere beim Handel und Verkehr, in der öffentlichen Verwaltung etc. die weiblichen Berufstätigen absolut und relativ stetig ganz erheblich zugenommen haben, woraus zu schliessen ist, dass beim numerischen Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung das weibliche Geschlecht in vermehrter Masse beteiligt war, als das männliche und dass das erstere überhaupt das Bestreben hatte, in die Erwerbstätigkeit immer mehr einzudringen und sich durch fleissige, ausdauernde Arbeit seine ökonomische Stellung zu bessern oder zu sichern. Von 1900 auf 1910 hat sich zwar das numerische Verhältnis der weiblichen Berufstätigen bei der Landwirtschaft wieder vergünstigt, indem dasselbe von 14,0% auf 18,5% anstieg, wogegen das männliche von 86,0% auf 81,5% zurückging. Von 1910—1920 scheint indessen das Anteilsverhältnis beider Geschlechter bei der Landwirtschaft ziemlich stabil geblieben zu sein, während dasselbe sich bei allen übrigen Hauptberufsklassen mehr oder weniger zu gunsten des weiblichen Geschlechts verschoben hat. Selbstverständlich boten

die Kriegereignisse und die wirtschaftliche Krisis der Nachkriegszeit mit der erschreckenden Arbeitslosigkeit nicht mehr so günstige Aussichten auf Erwerb und Verdienst, wie früher, so dass dadurch der Zug vom Lande in die Stadt, die bekannte Landflucht, zum Stillstand kam. Der numerische Rückgang der Landwirtschaft ist überhaupt weniger der im Grunde unbedeutenden absoluten Verminderung ihrer Berufsangehörigen oder -Tätigen selbst, als der zum Teil erheblichen Vermehrung derjenigen der andern Hauptberufsklassen, namentlich der Industrie und Gewerbe zuzuschreiben; am 1. Dezember 1920 war die Zahl der männlichen Berufstätigen in der Urproduktion im Kanton Bern im ganzen (75,821) nicht geringer, sondern sogar etwas höher, als z. B. am 1. Dezember 1888 (75,625). Ueber einen gewissen Grad hinaus kann sich die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht vermehren und es ist dieselbe daher naturgemäss genötigt, den jeweiligen Bevölkerungsüberschuss an die andern Bevölkerungs- und Berufsklassen abzugeben. Die Nachweise über das Verhältnis der Angehörigen ohne Erwerb zu den Berufstätigen erzeigen, dass sich dasselbe im ganzen, wie auch in den einzelnen Hauptberufsklassen seit 1900 in günstigem Sinne veränderte, indem die Angehörigen ohne Erwerb im Jahre 1900 noch 59,7%, 1910 dagegen nur mehr 55,5% und 1920 54,3% ausmachten. Verhältnismässig am meisten Angehörige ohne Erwerb hatte 1920 die dem Verkehr angehörende Bevölkerungsklasse, nämlich 64,8%, dann folgt diejenige der öffentlichen Verwaltung etc. mit 59,1%, sodann diejenige der Industrie und Gewerbe mit 57,4%, alsdann diejenige der Urproduktion mit 53,3%, ferner diejenige des Handels mit 47,5% und endlich diejenige der persönlichen Dienste und der ohne Berufsbestimmung mit 26,5%. Auffallend sind dabei immerhin gewisse Schwankungen und Veränderungen wie z. B. diejenige bei der Landwirtschaft, indem z. B. nach der eidg. Berufsstatistik die Zahl der Angehörigen ohne Beruf bei derselben von 125,116 im Jahre 1900 auf 112,036 im Jahre 1910 und auf 106,089 im Jahre 1920 zurückgegangen sein soll, was sich vermutlich aus dem vermehrten Wegzug des weiblichen Elements vom Lande in die Städte erklären lässt, da die absolute Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft, wie gesagt, seit 1888 nahezu gleich geblieben ist, nämlich 1888: 92,542 und 1920: 92,873. Dass unter Umständen auch die Art der Rubrizierung und Klassifikation bei der Bearbeitung von einer

Volkszählung zur andern namentlich auf die berufsstatistischen Ergebnisse von Einfluss sein kann, geht übrigens daraus hervor, dass z. B. die Zahl der unter Klasse VI (persönliche Dienstleistungen etc.) registrierten Personen 1880 mit 6406, 1888 mit 5034 und 1900 mit nur 2926, 1910 dagegen wieder mit 5137 und 1920 mit 4771 angegeben ist, ferner dass die Zahl der Personen ohne Beruf 1900 nicht viel höher war, als 1880, nämlich 35,502 gegen 34,181, während sie dazwischen, im Jahr 1888, 47,178 und schon 1870 44,207, 1910 wieder 43,598, 1920 aber neuerdings zurückgegangen und mit 36,919 wenig mehr als anno 1880 und 1900 betragen haben soll.

2. Stand und Veränderung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen in den verschiedenen Berufsgruppen pro 1920 im Vergleich zu frühern Zeitpunkten.

Zunächst ist zu konstatieren, dass das Verhältnis der Berufstätigen zur Gesamtbevölkerung pro 1920 gegenüber 1910 günstiger geworden ist (43,2 gegen 41,5 %) und zwar bei den männlichen etwas mehr, als bei den weiblichen (männliche 31,4 gegen 30,4 % und weibliche 11,8 gegen 11,1 %), ferner dass die Angehörigen ohne Erwerb von 58,5 auf 56,8 % der Gesamtbevölkerung zurückgegangen sind; freilich zeigt sich dabei ein ziemlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern, indem die Zahl der männlichen Angehörigen von 5958 oder von 19,9 auf 18,2 % zurückging, während die weiblichen um 11,203 Personen zugenommen, aber verhältnismässig auf gleicher Höhe, nämlich auf 38,6 % geblieben sind. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hat sich das numerische Verhältnis der Berufstätigen gegen früher überhaupt vergünstigt, obwohl dasselbe von 1870 auf 1880 und von da auf 1900 noch ein schwankendes war, 1900 stellte sich die Verhältnisziffer derselben auf 40,3 %, 1910 auf 41,5 % und 1920 auf 43,2 %. Wenn wir nun untersuchen, welches der verhältnismässige Anteil der einzelnen Berufsgruppen an der Gesamtbevölkerung sei und wie sich dieselben im Vergleich zu 1910 verändert haben, so ergibt sich folgendes: Den Hauptberufsklassen nach ist diejenige von Industrie und Gewerbe mit 41,0 % die stärkste, aber nach Berufsgruppen ist die Landwirtschaft mit 28,4 % weitaus am stärksten und daher die erste im Rang; ihr folgt die Metall- und Maschinen- (Uhren-) Industrie mit 16,0 %, dann die Baugewerbe mit 11,56 %, der Handel mit 8,67 %, der Verkehr mit 6,11 %, die

Bekleidungsgewerbe mit 5,02%, die Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 3,91%, die allgemeine öffentliche Verwaltung mit 3,46%, Unterricht und Erziehung mit 2,06%, die Textilindustrie mit 1,54%, die Gesundheits- und Krankenpflege mit 1,46%, die Papier-, Leder- und Kautschukfabrikation mit 1,32%, die Typographie mit 0,93%, die Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei mit 0,79%, die chemischen Gewerbe mit 0,72%, die persönlichen Dienste etc. mit 0,71% etc. Verhältnismässig mehr oder weniger zugenommen haben 14 Berufsgruppen, abgenommen dagegen 7 und gleichgeblieben eine Berufsgruppe (Seelsorge und Kirchendienst). Die bedeutendste Zunahme weist die Maschinen- bzw. Uhrenindustrie auf, dann die öffentliche Verwaltung, der Verkehr, die Papierindustrie, die Gesundheits- und Krankenpflege, Unterricht und Erziehung, andere freie Berufe etc.; mit Abnahme figurieren: die Landwirtschaft, die Bekleidungsgewerbe, die Baugewerbe, die Textilindustrien, die chemischen Gewerbe, der Bergbau und die Künste.

3. Die Bevölkerung nach Hauptberufsklassen in den Amtsbezirken und Landesteilen pro 1920.

Bei diesen Nachweisen ist von vorneherein auch zu unterscheiden zwischen Berufslosen und Berufszugehörigen; unter den letztern sind allerdings sowohl die Berufstätigen, als auch ihre Angehörigen verstanden. Verhältnismässig am wenigsten Berufslose finden sich im Jura, nämlich nur 3,41%, im Seeland 4,07 und im Oberland 5,47%, am meisten dagegen im Emmenthal 6,74%. Von den Amtsbezirken weisen am wenigsten Berufslose auf: Freibergen 2,62%, Münster 2,75, Courtelary 2,91, Laufen 3,16 und Oberhasle 3,44%. am meisten dagegen Burgdorf 7,42%, Thun 7,08; Trachselwald 7,06 und Neuenstadt 6,93% etc. Das Gegenteil trifft für die genannten und auch alle übrigen Landesteile und Amtsbezirke zu mit Bezug auf die Verhältniszahl der Berufszugehörigen. Im Emmenthal und Oberland ist die der Land- und Alpenwirtschaft angehörende Bevölkerung am stärksten vertreten, im Seeland, Oberraargau, Jura und Mittelland dagegen herrscht die industrielle und gewerbliche Bevölkerung vor. Wie sehr die der Industrie und den Gewerben angehörende Bevölkerung gegenüber derjenigen der Landwirtschaft in einzelnen Bezirken überwiegt, zeigen folgende Verhältniszahlen:

Im Amt Biel macht die landwirtschaftliche Bevölkerung nur 2,27%, diejenige der Industrie und Gewerbe 67,92%, im Amt Bern 8,34 gegen 40,64%, im Amt Courtelary 17,54 gegen 65,11% und im Amt Münster 25,09% landwirtschaftliche gegen 57,45% industrielle oder gewerbliche Bevölkerung. Der Handel ist relativ am stärksten vertreten in den Amtsbezirken Bern mit 15,7%, Biel mit 11,4 und Interlaken mit 12,9%; dabei ist allerdings nicht zu vergessen, dass unter dem Begriff Handel nicht nur der eigentliche Handel, sondern auch das Bank-, Agentur- und Versicherungswesen, sowie das gesamte Wirtschaftswesen inbegriffen ist; daher erklären sich die bedeutendern Verhältniszahlen des Handels in den beiden Städtebezirken Bern und Biel wohl hauptsächlich aus dem Bank- und Versicherungswesen und diejenige von Interlaken aus dem Gastwirtschaftswesen. Im Verkehr repräsentieren die höchsten Anteilsziffern der Bevölkerung das Mittelland mit 7,28 und das Oberland mit 7,17%, und von den Amtsbezirken: Bern mit 10,5%, Interlaken mit 9,54, Delsberg mit 9,38, Nidarsimmenthal mit 8,86, Oberhasle mit 8,64, Biel mit 7,81, Nidau mit 7,45 und Frutigen mit 7,24% etc., die geringsten die Amtsbezirke Schwarzenburg mit 2,26%, Laupen mit 2,44, Seftigen mit 2,65 und Neuenstadt mit 2,66% etc. Die öffentliche Verwaltung ist natürlich weitaus am meisten vorherrschend im Amt Bern mit 17,71%, wenn aber Erlach mit 16,21% ihm unmittelbar folgt, so rührt das offenbar nur daher, dass dort das Verwaltungspersonal der staatlichen Strafanstalten einen so grossen Prozentsatz der Bevölkerung des kleinen Amtes ausmacht. Es folgen weiter: Neuenstadt mit 9,70%, Konolfingen mit 8,0 und Thun mit 7,94%, wo die Militäranstalten einen wesentlichen Teil ausmachen. Die letzte Hauptklasse «persönliche Dienste» bietet keine besonders bemerkenswerte Erscheinungen.

4. Die Berufstätigen und -Angehörigen nach Berufsgruppen pro 1920.

Im vorhergehenden Abschnitt 2 wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die Berufstätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 1910 auf 1920 numerisch vergünstigt haben, während die Angehörigen ohne Erwerb im Gegenteil zurückgegangen sind. Im Jahr 1910 machten die Berufstätigen nämlich 41,5%, die Angehörigen oder Erwerbslosen 58,5%, im Jahr 1920 dagegen stellte sich dieses Verhältnis wie folgt: 43,2 zu 56,8% und zwar rührt die

relative Verminderung der Angehörigen ohne Erwerb ausschliesslich von den männlichen Personen her. In den einzelnen Berufsgruppen zeigen sich im Verhältnis der Berufstätigen und der Angehörigen ohne Erwerb sowie des Geschlechts keine aussergewöhnlichen Veränderungen.

5. Die Berufstätigen und Angehörigen bezw. nicht Erwerbenden pro 1900, 1910 und 1920 nach Amtsbezirken und Landesteilen.

Nach den zahlenmässigen Feststellungen hat sich die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen und den meisten Amtsbezirken mit Ausnahme des Emmenthals und des Oberlandes vergünstigt. Allerdings zeigte sich fast durchwegs ein wesentlicher Aufstieg schon von 1900—1910 und nur in wenigen Bezirken ein merklicher Rückgang von 1910—1920; es sind dies Oberhasle, Frutigen, Saanen, Signau, Trachselwald, Konolfingen, Münster und Pruntrut. Mit den höchsten Anteilsziffern der Berufstätigen gegenüber den Berufslosen erscheinen die Aemter Erlach 51,2%, Biel 50,4, Courtelary 49,4, Oberhasle 49,2, Pruntrut 47,6 und Laufen mit 47,1%. In den meisten Aemtern ist die Relativzahl von 1900—1920 von 42, 43 oder 44% auf 44, 45—46% gestiegen — eine Wahrnehmung, die volkswirtschaftlich um so mehr zu würdigen ist, als die Kriegs- und Nachkriegsjahre nicht dazu angetan waren, die Erwerbsverhältnisse zu bessern.

6. Die Berufstätigen in den verschiedenen Berufsgruppen nach ihrer Berufsstellung und die Angehörigen nach ihrer Stellung in der Familie pro 1. Dezember 1920.

Obwohl die Berufsstellung der Erwerbenden in erster Linie privatwirtschaftliche und persönliche Interessen berührt, so kommt ihr doch auch eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Bedeutung zu. Von den 291,316 Berufstätigen waren nach den Volkszählungsangaben von 1920 im ganzen 78,470 = 26,9% in eigenem Geschäft, also als Inhaber und Meister etc. tätig; ausserdem wurden nachgewiesen: 612 Direktoren = 0,21%, 4728 leitende technische und übrige Beamte = 1,62%, 4140 untere technische Angestellte = 1,42%, 28,994 übrige untere Angestellte = 9,95%, 162,399 Arbeiter und Hilfsarbeiter = 55,7% und 11,973 Lehrlinge = 4,11%. Je nach der Natur der Erwerbstätigkeit, der gewerblichen Unternehmungen und Geschäftsbetriebe werden sich die Verhältnisse der

Berufsstellung verschieden gestalten. Wir müssen es uns versagen, in diesbezügliche nähere Untersuchungen einzutreten und verweisen daher auf die bezügliche Darstellung im tabellarischen Teil.

Von den 346,159 Angehörigen oder Berufslosen waren 143,322 = 41,4% Erwachsene, 190,575 Kinder unter 15 Jahren = 55,1% und 12,262 Dienstboten = 3,54%. In den vorstehenden Angaben sind die Personen ohne eigentlichen Beruf oder ohne erkennbares Verhältnis zu einem Berufe, also 11,720 nicht beruflich tätige Erwerbende und 25,199 Angehörige ohne Erwerb, zusammen also 36,919 Personen nicht inbegriffen. Von diesen 25,199 Angehörigen waren 9381 Erwachsene, 14,093 Kinder unter 15 Jahren und 1725 Dienstboten.

*7. Die Berufstätigen in den verschiedenen Berufsgruppen
im ganzen von 1870—1920.*

In der Bewegung der Zahl der Berufstätigen seit 1870 fällt hauptsächlich der Rückschlag von 1880 bis 1888 auf, indem die berufsstatistischen Nachweise der eidg. Volkszählung von 1888 21,614 weniger erwerbende oder berufstätige Personen ergaben, als 1880; es ist das nicht ganz glaubwürdig, vielmehr zu vermuten, dass 1888 eine veränderte Rubrizierung und Zuteilung stattgefunden haben dürfte, indem zugleich 26,129 Personen ohne Beruf oder ohne erkennbares Verhältnis zu einem solchen mehr registriert wurden. Mag dem sein wie ihm wolle, Tatsache ist, dass die absolute Zahl der Berufstätigen in allen übrigen Volkszählungsperioden wesentlich zugenommen hat, nämlich von 1870—1880 von 200,705 auf 223,577, von 1888—1900 von 201,963 auf 237,698, von 1900—1910 von 237,698 auf 268,094 und von 1910—1920 von 268,094 auf 291,316. Von der Gesamtbevölkerung machten die Berufstätigen im Jahr 1870 40,0%, im Jahr 1880 42,0, im Jahr 1888 37,6, im Jahr 1900 40,3, im Jahr 1910 41,5 und im Jahr 1920 43,2% aus. Die zahlenmässige Veränderung der Berufstätigen in den einzelnen Berufszweigen gestaltete sich ziemlich verschieden, indem z. B. die Berufstätigen in der Landwirtschaft von 102,413 im Jahr 1880 auf 89,982 im Jahr 1920 zurückgegangen sind, während sie sich dagegen in der Metallbearbeitung und Maschinen- (Uhren-) Fabrikation von 23,922 im Jahr 1880 auf 49,774 im Jahr 1920 vermehrt haben. Auch der Handel mit dem Bankversicherungs- und Wirtschaftswesen hat

an Zahl der Berufstätigen von 14,529 im Jahr 1880 auf 30,690 im Jahr 1920 zugenommen, weiter der Verkehr von 5322 auf 14,482 und die allgemeine Verwaltung mit den sog. liberalen Berufsarten von 8849 auf 23,468. Fassen wir die Berufstätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nach den letzten drei Volkszählungen ins Auge, so erscheinen folgende Berufsgruppen mit einer grössern oder geringern Vermehrung: Die Metallbearbeitung samt Maschinen- (Uhren-) Industrie, die öffentlichen Verwaltungszweige etc., der Verkehr, die Papierindustrie, die typographischen Gewerbe, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und die Jagd und Fischerei, mit einer grössern oder geringern Verminderung dagegen die Landwirtschaft, der Bergbau, die Bekleidungsgewerbe, die Baugewerbe, die Textilindustrien, die chemischen Gewerbe und die Künste.

8. Die Berufstätigen in den verschiedenen Berufsgruppen nach dem Geschlecht.)*

Es erscheint nicht nur vom allgemeinen volkswirtschaftlichen, sondern gewissermassen auch vom Standpunkte der beruflichen Interessenbestrebungen von Wert, darüber orientiert zu sein, in welchem Verhältnis das Geschlecht bei den Berufstätigen in den verschiedenen Berufsgruppen und -Zweigen vertreten sei. Von der gesamten männlichen Wohnbevölkerung des Kantons sind 211,841 = 63,34% männliche Berufstätige und von der gesamten weiblichen Wohnbevölkerung 79,475 = 23,4% weibliche Berufstätige pro 1920 festgestellt worden. In den letzten 3 Jahrzehnten ist die Verhältniszahl für beide Geschlechter gestiegen, jedoch zeigt diejenige der männlichen Berufstätigen einige Schwankungen, während diejenige der weiblichen stets mässig zunahm. Die Verhältniszahl der männlichen Berufstätigen zeigt folgende Veränderungen: 1888 57,06%, 1900 61,08, 1910 60,45 und 1920 63,34%, diejenige der weiblichen dagegen: 1888 18,5%, 1900 19,33, 1910 22,32 und 1920 23,38%. In den einzelnen Berufsgruppen mag das Verhältnis der Geschlechter sich verschieden gestaltet haben. Weitaus am meisten

*) Wir nehmen Anlass, hier eine irrtümliche Zahl zu berichtigen, die sich in der frühern analogen Uebersicht im statistischen Handbuch für den Kanton Bern vom Jahr 1917, Seite 106 vorfindet. Bei „A. Gewinnung der Naturerzeugnisse“ (also Urproduktion) soll es auf der obersten Zeile in der dritten Zahlenrubrik nicht 72,881, sondern 77,881 (nämlich Berufstätige im Jahre 1900) heissen.

und zwar in mehr als doppelter Zahl ist das weibliche Geschlecht in den Bekleidungsgewerben vertreten (im ganzen mit 14,954 Personen, während diesen nur 6583 männliche gegenüberstehen). Auch in der Textilindustrie überwiegt das weibliche Element (3394 gegen 2430 männliche). Sehr stark sind die weiblichen Berufstätigen auch im Handel vertreten, nämlich mit 14,610 gegen 16,080 männliche, sodann auch in der öffentlichen Verwaltung (8817 gegen 14,651 männliche) und zwar überwiegt auch hier in zwei Verwaltungszweigen, nämlich in der Gesundheits- und Krankenpflege sowie im Unterrichts- und Erziehungswesen das weibliche Geschlecht ganz bedeutend (2798 gegen 1525 und 3136 gegen 2928 männliche).

*9. Die Berufstätigen nach Hauptberufsgruppen in den
Amtsbezirken und Landesteilen pro 1920.*

Nachdem wir in einem vorherigen Abschnitt den Grad der Erwerbslosigkeit resp. die verhältnismässige Vertretung der Berufstätigen in den Amtsbezirken und Landesteilen kurz besprochen haben, handelt es sich hier noch darum, zu untersuchen, wie sich dieselben in den erwähnten Gebieten auf die Hauptberufsklassen verteilen. Die betreffende Darstellung enthält sowohl die absoluten, als auch die relativen Zahlen und gestattet daher die wünschbaren Vergleiche, wie es übrigens auch schon mit Bezug auf die Gesamtbevölkerung der Fall war. Die Landwirtschaft herrscht am meisten vor in den Amtsbezirken Schwarzenburg mit 66,8% in denselben Berufstätigen, Obersimmenthal mit 63,7, Saanen mit 59,2, Signau mit 57,5, Oberhasle mit 57,1, Erlach mit 54,2, Seftigen mit 53,9, Trachselwald mit 52,3, Frutigen mit 52,5 und Laupen mit 51,9%; am wenigsten Berufstätige in der Urproduktion verzeichnen begreiflicherweise die Amtsbezirke mit den grossen Städten Bern und Biel und zwar Biel mit 2,25%, Bern mit 8,9 und Courtelary mit 15,05%. Industrie und Gewerbe herrschen vor in den Amtsbezirken Biel mit 71,9% in denselben Berufstätigen, Courtelary mit 71,0, Münster mit 62,8, Büren mit 56,2, Laufen mit 56,1%; am wenigsten Industrie und Gewerbe weisen dagegen auf die oben genannten Amtsbezirke mit vorherrschender Landwirtschaft; im Handel ragen hervor die Amtsbezirke Bern mit 19,6% in denselben Berufstätigen, dann Interlaken (Gasthofindustrie) mit 16,7, Biel mit 13,1, Thun (ebenfalls hauptsächlich wegen der Gasthofindustrie) mit 10,8,

Saanen (desgleichen) mit 10,7 etc. Am wenigsten Handel treibend ist das Amt Erlach mit nur 3,47% der Berufstätigen, Büren mit 5,07, dann Laupen mit 5,27, Seftigen mit 5,44, Trachselwald mit 5,63, Münster mit 5,63 und Freibergen mit 5,71%. Am meisten Berufstätige im Verkehrswesen (relativ wohlverstanden) haben Bern mit 8,91%, Nidersimmenthal mit 7,16, Delsberg mit 7,07, Interlaken mit 6,68, Oberhasle mit 6,01, Biel mit 5,72 und Nidau mit 5,70%, am wenigsten dagegen Schwarzenburg mit 1,83%, Seftigen mit 2,13, Laupen mit 2,32, Trachselwald mit 2,62, Neuenstadt mit 2,63, Erlach mit 2,66, Büren mit 2,72 und Aarberg mit 2,79% aufzuweisen. Die öffentliche Verwaltung herrscht wiederum vor in den Aemtern Erlach (Strafanstalten) mit 21,45%, Bern mit 16,7, Oberhasle mit 9,02, Interlaken mit 8,99, Burgdorf mit 7,92 und Thun (Militäranstalten) mit 7,56%. In persönlichen Diensten stehen relativ am meisten Berufstätige im Amt Interlaken mit 2,06%, Neuenstadt ebenfalls mit 2,06, Pruntrut 1,96, Freibergen 1,77, Schwarzenburg 1,70, Delsberg 1,67, Oberhasle 1,46, Bern 1,43, Saanen 1,33, Nidersimmenthal 1,29 etc.; am wenigsten in den Amtsbezirken Trachselwald 0,60%, Courtelary 0,62, Laufen 0,65, Aarberg und Erlach mit 0,76%.

10. Die Berufstätigen und Angehörigen nach den Hauptberufsklassen in den einzelnen Kantonen.

Aus der bezüglichen interkantonalen Vergleichsübersicht gehen in der Hauptsache folgende Fakten hervor: In 14 Kantonen ist die landwirtschaftliche Bevölkerung stärker vertreten als im Kanton Bern und zwar weitaus am stärksten in den Kantonen Wallis mit 59,9%, Obwalden mit 53,7 und Freiburg mit 48,8%; schwächer vertreten als im Kanton Bern ist sie dagegen in 11 Kantonen; in der Gesamtschweiz ist sie mit 26,87%, im Kanton Bern dagegen mit 29,5% vertreten. In 15 Kantonen ist die Industrie- und Gewerbetätigkeit noch intensiver vertreten, als im Kanton Bern und zwar weitaus am stärksten in den Kantonen Appenzell A.-Rh. mit 59,2%, Glarus mit 58,7, Solothurn mit 57,0, Neuenburg mit 54,7 und Baselland mit 52,4%; schwächer vertreten als im Kanton Bern sind Industrie und Gewerbe dagegen in 10 Kantonen; in der Gesamtschweiz sind sie mit 42,06%, im Kanton Bern dagegen mit 41,24% vertreten, so dass dieses Verhältnis dem Durchschnitt der

Schweiz immerhin nahekommmt. Im Handel steht der Kanton Bern mit 8,67 % Berufstätigen ebenfalls unter dem schweiz. Durchschnitt von 10,38 % ; weitaus die höchsten Ziffern weisen Baselstadt mit 20,5 und Genf mit 20,2 % auf, dann folgt der Kanton Zürich mit 14,8 % etc. Im Verkehr steht der Kanton Bern mit 6,11 % wieder dem schweiz. Durchschnitt von 6,37 % sehr nahe ; mit der höchsten Ziffer erscheinen Uri 15,27 %, Baselstadt 12,05 und Tessin 9,58 %. In der öffentlichen Verwaltung steht Bern mit 8,30 % dem Durchschnitt der Schweiz mit 8,37 % ganz nahe ; am meisten ragen hervor Genf mit 13,3 %, Zug mit 12,0, Baselstadt mit 11,63 und Waadt mit 10,17 %. In der letzten Hauptberufsklasse, den persönlichen Diensten, steht Bern mit 0,71 % ziemlich unter dem schweiz. Durchschnitt von 0,90 %, während Genf mit 2,49 %, Waadt mit 1,81, Baselstadt mit 1,29 und Neuenburg mit 1,17 % erheblich über demselben stehen. Was nun das Verhältnis der Berufstätigen zur Gesamtbevölkerung anbetrifft, so hat sich dasselbe für den Kanton Bern im letzten Jahrzehnt gegen früher einigermassen vergünstigt, indem im ganzen 10 Kantone eine niedrigere Ziffer der Berufstätigen aufweisen, als er ; immerhin befindet sich der Kanton Bern mit 43,2 % noch erheblich unter dem schweiz. Durchschnitt von 45,8 %. Am höchsten stehen die industriellen Kantone Appenzell I.-Rh. mit 52,9, Glarus mit 51,9, Genf mit 51,6, Tessin mit 50,2, Zürich mit 49 und Appenzell A.-Rh. mit 48,1 % etc. Die Ursache, dass der Kanton Bern verhältnismässig wenig Berufstätige aufweist, liegt, wie wir in unsern frühern Arbeiten schon wiederholt dargelegt haben, in dem fortwährenden ziemlich starken Wegzug von Erwerbsfähigen, indem bekanntlich auch die im produktiven Alter stehende Klasse der Bevölkerung im Kanton Bern schwächer vertreten ist, als in ca. 15 andern Kantonen.

*11. Die Berufstätigen nach Berufsgruppen und Berufszweigen
in den Amtsbezirken und Landesteilen.*

Es mag von Interesse sein, die Verhältnisse, wie sie sich aus den Nachweisen hinsichtlich der geographischen Verteilung der Berufstätigen nach Berufsgruppen und Berufszweigen in den Amtsbezirken und Landesteilen gestalteten, analog denjenigen betr. die Hauptberufsklassen zu untersuchen. Bei der *Urproduktion*, welche zunächst in Betracht fällt, werden als Berufsgruppen gewöhnlich

unterschieden: Bergbau samt Schieferbruch und Torfstich, dann Land- und Alpenwirtschaft inkl. Viehzucht oder Viehhaltung, jedoch ohne die Milchwirtschaft im Käsereibetrieb, welcher Zweig stets der Nahrungsmittelindustrie zugeteilt wurde, wohl aber gehören der Weinbau und die Gärtnerei noch zur Landwirtschaft; als fernere Zweige der Urproduktion sind noch unterschieden die Forstwirtschaft, die Jagd und die Fischerei. Der Bergbau kommt, obwohl in bescheidenem Masse, im Oberland und Jura vor und zwar in den Amtsbezirken Frutigen mit 2,27%, Laufen mit 2,04, Obersimmenthal mit 1,32, Delsberg mit 0,72, Erlach mit 0,71, Neuenstadt mit 0,67 und Niedersimmenthal mit 0,60%. Die Land- und Alpenwirtschaft ist, wie wir schon bei den Hauptberufsklassen erwähnt haben, in den Amtsbezirken Schwarzenburg, Obersimmenthal, Saanen, Signau, Oberhasle, Seftigen, Erlach, Trachselwald und Laupen vorherrschend, die Forstwirtschaft im Jura sowie in den Aemtern Saanen, Laupen, Interlaken und Schwarzenburg. In der Rubrik Jagd sind diesmal keine berufstätigen Personen verzeichnet worden; sowohl Jäger als Wildhüter dürften daher ihren Erwerb als Nebenberuf angegeben haben. Die Fischerei ist im ganzen mit nur 61 Personen = 0,02% vertreten und zwar im Amt Erlach mit 0,21, Laufen mit 0,13, Nidau mit 0,11, Interlaken mit 0,09 und Oberhasle mit 0,07% etc.

Industrie und Gewerbe. Die Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sind hauptsächlich vertreten in den Amtsbezirken Aarberg (Zuckerfabrik) mit 7,87%, Konolfingen mit 6,82, Laupen mit 6,67 und Bern mit 5,01% etc.; die Bekleidungsgewerbe in den Amtsbezirken Wangen mit 12,6%, Trachselwald mit 11,4, Bern mit 10,32, Burgdorf mit 9,08% etc.; die Herstellung von Baustoffen, der Bau und die Einrichtung von Wohnungen in Laufen mit 22,9%, Seftigen mit 14,25, Fraubrunnen mit 13,8, Laupen mit 12,9, Interlaken mit 12,3, Aarberg mit 11,67% etc.; die Herstellung von Gespinnsten und Geweben und deren Veredlung (Textilindustrie) hauptsächlich im Amt Aarwangen mit 11,6%, Laufen mit 9,16, Burgdorf mit 5,25, Trachselwald mit 4,62, Signau mit 3,14% etc.; die Papierindustrie im Amt Laufen mit 7,46%, Fraubrunnen mit 4,36, Laupen mit 3,65, Wangen mit 3,36% etc.; die chemischen Gewerbe im Niedersimmenthal mit 3,47%, in Frutigen mit 3,35, in Bern mit 1,26% etc.; die Metallbearbeitung und Maschinenindustrie (Uhrenfabrikation)

in den Amtsbezirken Courtelary mit 58,1%, Biel mit 52,7, Münster mit 51,5, Büren mit 38,2, Freibergen mit 30,8, Pruntrut mit 27,1, Nidau mit 26,1, Delsberg mit 23,16, Neuenstadt mit 22,5, Thun mit 14,7, Wangen mit 12,16% etc.; die typographischen Gewerbe in den Amtsbezirken Bern mit 3,40%, Laupen mit 2,35, Oberhasle mit 1,52 und Biel mit 1,08% etc.

Handel. Der eigentliche Handel ist namhaft vertreten in den Amtsbezirken Bern mit 10,8%, Biel mit 7,56, Burgdorf mit 5,73, Thun mit 5,38, Interlaken mit 5,32, Aarwangen mit 5,16% etc.; das Bank-, Agentur- und Versicherungswesen in Bern mit 3,25%, Biel mit 1,35%; das Wirtschaftswesen (inkl. Gasthofindustrie) in den Aemtern Interlaken mit 10,76%, Saanen mit 7,19, Bern mit 5,60, Frutigen mit 5,36, Oberhasle mit 5,01, Nidarsimmenthal mit 4,91, Thun mit 4,75, Obersimmenthal mit 4,34, Neuenstadt mit 4,29, Biel mit 4,23% etc.

Verkehr. Im Betrieb und Unterhalt von Eisenbahnen etc. treten etwas hervor die Amtsbezirke Biel mit 5,53%, Delsberg mit 5,31, Nidarsimmenthal mit 5,10, Bern mit 4,63 und Nidau mit 4,50%; im Post-, Telegraphen- und Telephonwesen die Amtsbezirke Bern mit 3,29%, Biel mit 1,59, Nidarsimmenthal mit 1,57, Delsberg und Interlaken mit 1,45, Obersimmenthal und Oberhasle mit 1,39 und Freibergen mit 1,38% etc.; im Speditions- und Fuhrwesen Saanen mit 1,04%, Bern mit 0,89, Frutigen mit 0,75, Interlaken mit 0,69, Thun mit 0,58, Biel mit 0,56, Pruntrut mit 0,55% etc.; die Schifffahrt und Flösserei ist minim und kommt nur in den drei Amtsbezirken Interlaken mit 0,47, Thun mit 0,28 und Erlach mit 0,23% vor, ebenso das Botengeschäft, die Dienstmänner, Berg- und Fremdenführer in den Amtsbezirken Interlaken mit 0,46%, Oberhasle mit 0,32, Frutigen mit 0,27 und Obersimmenthal mit 0,12% etc.

Oeffentliche Verwaltung, Rechtspflege, Wissenschaft und Kunst. In der öffentlichen Verwaltung treten hervor die Amtsbezirke Erlach mit 19,22%, Bern mit 8,28, Burgdorf mit 4,25, Aarberg mit 3,66, Thun mit 3,22% etc.; in der Gesundheits- und Krankenpflege die Aemter Bern mit 3,06%, Saanen mit 2,86, Konolfingen mit 2,41, Oberhasle mit 2,10% etc.; im Unterricht sowie in der Seelsorge und im Kirchendienst die Aemter Neuenstadt mit 5,32%, Bern mit 3,23, Nidarsimmenthal mit 2,68, Pruntrut mit 2,49, Thun mit 2,31% etc.; in den andern, freien Berufen der Amtsbezirk Bern mit 1,11%, wäh-

rend die übrigen Amtsbezirke durchwegs fast gleichmässig niedrige Vertretungsziffern aufweisen; in den Künsten sind weit am stärksten vertreten die Amtsbezirke Interlaken mit 4,08%, Oberhasle mit 4,01%, jedoch offenbar nur deshalb, weil wir die Schnitzlerei wie bisher als Kunstgewerbe betrachteten und registrierten — entgegen dem Verfahren des eidg. statistischen Bureaus, welches sie bekanntlich in seiner Berufsstatistik von 1920 zu den Baugewerben zählte; ausserdem ist noch der Amtsbezirk Bern mit einer nennenswerten Relativziffer der Kunst von 1,01% vertreten.

Persönliche Dienstleistungen. Die Taglöhnerie etc. ist am stärksten vertreten in den Amtsbezirken Schwarzenburg mit 0,55%, Interlaken mit 0,46, Delsberg mit 0,40, Freibergen mit 0,37, Pruntrut mit 0,33% etc.; die häuslichen und persönlichen Dienste aller Art im Amtsbezirk Neuenstadt mit 1,91%, Pruntrut mit 1,63, Interlaken mit 1,60, Oberhasle mit 1,43, Freibergen mit 1,40, Thun mit 1,38, Bern mit 1,33 und Delsberg mit 1,27% etc. Für weitere Untersuchungen muss auf die betr. Uebersichten im tabellarischen Teil verwiesen werden.

12. Die Berufstätigen in den einzelnen Gewerbszweigen oder Berufsarten pro 1920 im Vergleich mit 1900 und 1910.

Wir haben bereits bei der Betrachtung der Hauptberufsklassen und Berufsgruppen auf die wichtigsten Veränderungen im numerischen Bestande derselben hingewiesen; je mehr man aber ins Spezielle übergeht, desto mehr wird der Vergleich gegen früher infolge veränderter Bearbeitung oder Registrierung der einzelnen Berufszweige oder Berufsarten bzw. infolge veränderter Benennung und Zuteilung derselben erschwert; es kann daher für die Richtigkeit der Vergleichsergebnisse nicht an allen Einzelheiten garantiert werden und wir müssen uns auch hier darauf beschränken, nur die bedeutsamsten Erscheinungen hervorzuheben. Die Zahl der Berufstätigen hat wenigstens absolut in der Landwirtschaft und auch in der Forstwirtschaft sowohl im Vergleich zu 1900 als auch zu 1910 zugenommen; im Bergbau dagegen ist seit 1900 ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Zugenommen haben die Berufstätigen ferner in den Nahrungsmittelgewerben, mit Ausnahme der Müllerei und der Bierbrauerei. Von den Bekleidungsgewerben haben im Vergleich zu 1900 Zunahmen zu verzeichnen die Bäckerei, die Zuckerbäckerei

und Schokoladefabrikation, die Käserei und Milchverarbeitung, die Metzgerei und Wursterei; Abnahmen dagegen die Herren- und Damenschneiderei, die Schuhmacherei, die Wäscherei und Glätterei oder Kleiderreinigung. In der Gruppe der Baugewerbe hat die Mehrzahl der handwerksmässigen Berufszweige Rückgänge zu verzeichnen; ganz bedeutende Zunahmezahlen haben dagegen aufzuweisen: die Baukunst und Bauunternehmung (vermutlich aber grösstenteils deshalb, weil diesmal der Eisenbahnbau hier eingerechnet wurde), die Erstellung von Strassen-, Brücken- und Wasserbauten und die Holzsägerei und -Spalterei etc. In der Textilindustrie erscheinen mit Zunahmeziffern die Fabrikation von Baumwollgespinnsten und Baumwollgeweben, wie auch die Fabrikation und Veredlung von Wollgespinnsten und -Geweben; bedeutende Abnahmeziffern dagegen bei den Seidengespinnsten, der Seidenstoff- und Bandweberei, endlich bei der Fabrikation und Veredlung von Leinen-, Jute- und Hanfgespinnsten und -Geweben. Die Papierindustrie hat eine bedeutende Zunahme erfahren. Von den chemischen Gewerben hat die Gasfabrikation noch zugenommen, die Geschoss- und Sprengstofffabrikation dagegen abgenommen. Von den Metall- und Maschinenindustrien haben hauptsächlich zugenommen die Eisengiesserei, der Maschinenbau und die mechanischen Werkstätten, ferner die Uhrenindustrie und die Fabrikation und der Betrieb von Kraft- und elektrischen Beleuchtungsanlagen, abgenommen dagegen die Grob-, Huf- und Wagenschmiederei, sowie die Wagnerei und der Wagenbau. Von den typographischen Gewerben verzeigt hauptsächlich die Buchdruckerei eine Zunahme, auch die Photographie hat etwas zugenommen, die Buchbinderei dagegen abgenommen. Beim Handel haben alle drei Branchen, nämlich der eigentliche Handel, das Bank-, Agentur- und Versicherungswesen, sowie das Wirtschaftswesen erheblich zugenommen, indes verzeichnet das letztere gegen 1910 eine Abnahme. Beim Verkehr weisen eine bedeutende Zunahme auf der Bahnbetrieb und -Unterhalt, der Post- und Telephonbetrieb, während die drei übrigen Verkehrsgewerbe (Spedition und Fuhrhaltereie, Schifffahrt und Flösserei, das Botengeschäft inkl. Dienstmänner, Berg- und Fremdenführer) je eine Abnahme verzeichnen. Bei der öffentlichen Verwaltung, Rechtspflege, Wissenschaft und Kunst sind in allen Untergruppen wesentliche Vermehrungen zu registrieren, mit Ausnahme des Kunst-

gewerbes (Bildhauerei und Holzschnitzerei). Weitaus die grösste Zunahme der Berufstätigen weist die allgemeine öffentliche Verwaltung auf, nämlich von 2826 im Jahr 1900 auf 8526 im Jahr 1920, also um 5700 Personen, was einer Verdreifachung gleichkommt. Die letzte Gruppe «persönliche Dienstleistungen etc.» hat ebenfalls wesentlich zugenommen. Für die zahlenmässigen Feststellungen und Vergleiche im Einzelnen muss auf die bezügliche Darstellung im tabellarischen Teil verwiesen werden; ebenso ist der Nachweis des Geschlechts der Berufstätigen in jedem einzelnen Berufe dort am Schlusse in einem vollständigen detaillierten Auszug enthalten, worin wir die Berufsnomenklatur, wie sie das eidg. statistische Bureau für die letzte Volkszählung aufgestellt hatte, im Gegensatz zu unsern auszugs- und vergleichsweisen Darstellungen, ganz unverändert belassen.

Hauptergebnisse der eidg. Wohnungszählung vom 1. Dez. 1920 im Kanton Bern.

Mit der eidg. Volkszählung vom 1. Dezember 1920 wurde zum ersten Male eine Wohnungszählung verbunden, die sich auf die grössern Gemeinden mit über 5000 Einwohnern, sowie auf Nachbargemeinden von grössern Städten und auf allfällige weitere Gemeinden zu erstrecken hatte, welche von den Kantonsbehörden vorgeschlagen wurden. Freilich wurden schon bisher bei allen Volkszählungen die Wohnhäuser und früher auch die bewohnten Räume in allen Gemeinden gezählt und ausführliche Wohnungsquëten hatten bekanntlich auch schon in den grossen Städten, wie Basel, Zürich und Bern stattgefunden. Den Wohnungszählungen liegt u. a. ein eminent wirtschafts- und sozialpolitisches Motiv zugrunde, nämlich die Wohnungsnot, welche durch die Kriegsergebnisse infolge Stillstandes der Bautätigkeit ausserordentlich verschärft wurde. Mit der Untersuchung der Wohnungsverhältnisse wird die Bekämpfung der Wohnungsnot besser ermöglicht, vorausgesetzt immerhin, dass die Resultate noch rechtzeitig zu praktischer Nutzenanwendung gelangen.

Die Zählung erfolgte mittelst einer Wohnungskarte, welche 9 Hauptfragen und ca. ein Dutzend Unterfragen enthielt und von allen Haushaltungen beantwortet werden musste. Ausserdem hatten

die Gemeindebehörden noch eine Liste der leerstehenden Wohnungen in unbewohnten Wohngebäuden formulargemäss auszufertigen und darin noch die im Bau begriffenen Wohngebäude und Wohnungen zu verzeichnen; in dieser ausführlich formulierten Liste waren die Art des Wohngebäudes, dann die bezugsfertigen, unbewohnten Wohngebäude nach der Zimmerzahl, sowie die im Bau begriffenen Wohngebäude und Wohnungen, letztere ebenfalls nach der Zimmerzahl, anzugeben. Endlich war noch eine Liste der leerstehenden Wohnungen in bewohnten Gebäuden vom Volkszähler auszufertigen. In Anbetracht, dass die durch diese beiden vorgenannten Listen ermittelten Nachweise nach vier Jahren keinen aktuellen Wert mehr besitzen, halten wir uns lediglich an die mit der Wohnungskarte gewonnenen Ergebnisse über die Wohnungsbestände im gesamten. Zu bemerken ist noch, dass entsprechend dem Prinzip der vollständigen oder erschöpfenden Massenbeobachtung, welches wenigstens für die amtliche Statistik Geltung haben soll, die vollständige Durchführung der Erhebung auch für diejenigen Gemeinden, welche freiwillig, d. h. auf ihr Verlangen in dieselbe einbezogen worden waren, von vorneherein als obligatorisch betrachtet wurde.

Im Anhang zum tabellarischen Teil geben wir nun auszugsweise unter möglichster Raumbeschränkung drei bezügliche Darstellungen, nämlich:

1. Die Haushaltswohnungen mit Angabe der Zahl der Wohnräume und Bewohner und unterschieden in Eigentümer-, Dienst- und Freiwohnungen, sowie in Mietwohnungen in den 54 Gemeinden des Kantons.

2. Die Wohnungen nach der Zahl der Zimmer, der Mansarden der Wohnräume und der Bewohner in den 54 Gemeinden des Kantons.

3. Die Mietwohnungen (ohne Nutzungen) nach dem Jahresmietpreis in den grossen Gemeinden und deren Umgebung.

Wir halten uns für verpflichtet, wenigstens die Hauptergebnisse dieser drei von uns im Auszug besonders bearbeiteten Darstellungen*) im gesamten hervorzuheben und einer vergleichenden Betrachtung zu unterziehen.

*) Kantonsweise Additionen und Durchschnittsberechnungen fanden sich nämlich in der eidg. Veröffentlichung nicht vor.

1. Die Haushaltswohnungen nach der Zahl der Wohnräume und Bewohner mit Unterscheidung von Eigentümer-, Dienst- und Freiwohnungen sowie von Mietwohnungen.

In den 54 Gemeinden, welche die Wohnungszählung durchzuführen hatten, gelangten im ganzen 70,390 Wohnungen zum Nachweis;*) davon entfielen 23,786 auf die Stadt Bern, 8439 auf die Stadt Biel und 38,165 auf die übrigen 52 Gemeinden. Von den 70,390 Wohnungen waren 18,707 = 26,57% Eigentümerwohnungen, 1858 = 2,65% Dienst- oder Freiwohnungen und 49,825 = 70,78% Mietwohnungen. Das Gesamtergebnis der Zählung nach dieser Unterscheidung ist folgendes:

Art der Wohnungen	Gesamtzahl der				Bewohner	
	Wohnungen	Zimmer	Mansarden	Wohnräume überh.	im ganzen p. Wohnraum	
Eigentümerwohnungen . .	18,707	75,324	12,913	88,237	95,355	1,1
Dienst- od. Freiwohnungen	1,858	6,022	717	6,739	7,792	1,2
Mietwohnungen	49,825	135,440	12,937	148,377	196,222	1,3
Zusammen von 54 Gemeinden	70,390	216,786	26,567	243,353	299,369	1,2

Der Bewohnerzahl nach hätte sich also die Wohnungszählung immerhin auf nicht ganz die Hälfte (44,4%) der gesamten Bevölkerung des Kantons erstreckt. Auf eine Wohnung kamen im Durchschnitt 3,1 Zimmer und 0,4 Mansarden oder 3,5 Wohnräume überhaupt. Der Art der Wohnungen nach ergibt sich mit Bezug auf die Wohnräume folgendes: auf eine Eigentümerwohnung kommen im Durchschnitt 4,7, auf eine Dienst- oder Freiwohnung 3,6 und auf eine Mietwohnung rund 3 Wohnräume, während der Gesamtdurchschnitt per Wohnung, wie bereits hievor bemerkt, 3,5 Wohnräume ausmacht. Wenn wir nun das Verhältnis der Bewohner zu den Wohnräumen ins Auge fassen, so finden wir, dass das Betreffnis von 1,2 Personen per Wohnraum ziemlich normal ist, indem die

*) Wie aus Anmerkungen des eidg. statistischen Bureaus in seiner Publikation (Seite 16—19) am Fusse der bezüglichen Darstellungen hervorgeht, fehlen aus 9 Gemeinden noch 16 Eigentümer-, 4 Dienst- oder Freiwohnungen und 34 Mietwohnungen, im ganzen also 54 Wohnungen, für welche die Angaben nicht gemacht worden seien. Wir müssen dies sehr bedauern, und zwar um so mehr, als seitens der kant. Behörde alle Schritte getan wurden und getan worden wären, welche sich im Interesse der vollständigen Beibringung des Materials als nötig erwiesen und von der eidg. Amtsstelle veranlasst worden wären, so dass uns also wegen dieser Unvollständigkeit keine Schuld trifft.

Mehrzahl der Gemeinden, sogar auch die Städte Bern und Biel, dasselbe aufweisen, die Wohnverhältnisse also nicht ungünstig erscheinen. Allerdings zeigen sich schon unter den 54 Gemeinden ziemlich grosse Verschiedenheiten, indem z. B. Interlaken nur mit 0,9, Matten, Hilterfingen, Oberhofen, Muri, Langenthal, Evilard und Pruntrut mit 1,0 erscheinen, während Bremgarten bei Bern mit 1,8, Bolligen, Belp und Heimberg eine Wohndichte von 1,6, Köniz, Frauenkappelen, Oberburg und Uetendorf eine solche von 1,5, Kirchlindach, Zollikofen, Büren, Moosseedorf, Urtenen, Brügg, Niederbipp und Steffisburg 1,4, Worb, Münchenbuchsee, Kirchberg, Nidau, Renan, Tramelan-dessus und -dessous 1,3 aufweisen. Selbstverständlich würde eine Untersuchung der Wohndichtigkeit im einzelnen, d. h. bei den verschiedenen Privathaushaltungen und Familien noch viel grössere Verschiedenheiten ergeben, wenn eine solche vorgenommen würde.

Merkwürdig erscheint die Feststellung, dass (wenigstens in den grössern Städten) die Zahl der Bewohner in den Eigentümerwohnungen pro Wohnung grösser ist, pro Wohnraum aber kleiner, als bei den Mietwohnungen; im ganzen, d. h. in unsern 54 bernischen Gemeinden kommen nämlich auf eine Eigentümerwohnung 5,09, auf eine Mietwohnung dagegen 3,93 Bewohner; auch in den Ergebnissen der übrigen Gemeinden der Schweiz wird diese Tatsache konstatiert. Der Bearbeiter der eidg. Wohnungszählung spricht sich in der Publikation darüber aus, wie folgt: «Man ist also zum Schluss berechtigt, dass die Eigentümerhaushaltungen verhältnismässig etwas mehr Mitglieder zählen, als die der Mieter, dass sie aber gleichwohl etwas bequemer wohnen, ohne dass dies natürlich allgemein der Fall sein muss, da es sich um Mittelwerte handelt.» Diese Erklärung könnte noch in dem Sinne ergänzt werden, dass in den meisten Fällen nur die Besitzer von Einfamilienhäusern bequemer wohnen können, als die Inhaber von Eigentümerwohnungen oder die übrigen Eigentümerhaushaltungen, dass diese dagegen wohl auch deshalb mehr Bewohner zählen, weil bekanntlich die kinderreichen Familien Mühe haben, Mietwohnungen zu erhalten und daher sehr häufig genötigt sind, eigene Wohnhäuser zu erwerben, endlich dass für die Inhaber von Eigentümerwohnungen die Möglichkeit, mehr Bewohner aufzunehmen, lediglich deshalb gegeben ist, weil sie, wie oben nachgewiesen wurde, durchschnittlich mehr

Wohnräume besitzen, als die Mietwohnungen, aber deswegen sind die Wohnungssorgen und -Plagen bei den erstern meistens nicht minder gross, als bei den Inhabern der letztern. Glücklicherweise sind die Schwierigkeiten im Wohnungswesen, welche die Kriegsjahre mit sich brachten und namentlich in den Städten empfindliche Wohnungsnot verursachten, zur Zeit bereits ziemlich überwunden, so dass ein allgemeiner Abbau der in ihren Wirkungen übrigens sehr umstrittenen Mieterschutzmassnahmen und -Vorschriften möglich geworden ist.

2. Die Wohnungen nach der Zahl der Zimmer, der Mansarden, der Wohnräume und der Bewohner in den 54 Gemeinden des Kantons.

Die diesem Abschnitt zugrunde liegende Darstellung im Anhang zum tabellarischen Teil der Volkszählungsergebnisse stellt eine erweiterte Untersuchung der Raumgrösse der Wohnungen mit Unterscheidung der Zimmerzahl und in Klein-, Mittel- und Grosswohnungen zum vorigen Abschnitt dar; um so kürzer glauben wir die textliche Besprechung halten zu können. Die 70,390 Wohnungen (oder wenn alle Wohnungen in den betr. Gemeinden vollständig ermittelt worden wären, so würden es 70,444 sein) repräsentieren mit Auseinanderhaltung von Bern und Biel folgende Abstufung nach der Zahl der Kinder:

Gemeinden	Im ganzen	Zahl der Wohnungen mit					
		1 Zimmer	2 Zimmern	3 Zimmern	4 Zimmern	5 Zimmern	6 u. m. Zimm.
a) absolut							
Bern	23,786	2,991	6,670	8,054	3,125	1,442	1,504
Biel	8,439	541	2,181	3,719	1,296	395	307
Übr. Gemeinden	38,165	2,777	10,870	13,522	5,842	2,333	2,821
Zusammen	70,390	6,309	19,721	25,295	10,263	4,170	4,632
b) prozentual							
Bern	100	12,6	28,0	33,9	13,1	6,06	6,32
Biel	100	6,41	25,8	44,1	15,4	4,68	3,63
Übr. Gemeinden	100	7,20	28,5	35,4	15,3	6,11	7,37
Zusammen	100	8,96	28,0	35,9	14,6	5,92	6,58

Daraus geht hervor, dass die einzimmrigen Wohnungen in Bern verhältnismässig mehr vorkommen, als in Biel und den übrigen Gemeinden, dass dagegen dreizimmrige in Bern (immer relativ betrachtet) erheblich und auch die vierzimmrigen weniger vorhanden sind, als in Biel, während die fünf- und sechszimmrigen Wohnungen

in Bern und den übrigen Gemeinden relativ doppelt so stark vertreten sind, als in Biel. Im ganzen sind der absoluten und relativen Zahl nach die dreizimmrigen Wohnungen am meisten (35,9%) vertreten; dann folgen die zweizimmrigen mit 28%, die vierzimmrigen mit 14,6%, die einzimmrigen mit 8,96%, die sechs- und mehrzimmrigen mit 6,58% und die fünfzimmrigen mit 5,92%; die nämliche Reihenfolge ist auch bei Bern und Biel und den übrigen Gemeinden zusammen vorhanden.

In der dreifachen Abstufung von Klein-, Mittel- und Grosswohnungen ergeben sich mit Bezug auf die Wohnräume folgende Verhältnisse:

Abstufung	Anzahl				Bewohner	
	Wohnungen	Zimmer	Mansarden	Wohnräume überh.	im ganzen	p. Wohnr.
Kleinwohnungen von 1—3 Zimmern . .	51,325	121,636	14,135	135,771	198,159	1,4
Mittelwohnungen von 4—5 Zimmern . .	14,433	61,902	8,525	70,427	71,814	1,0
Grosswohnungen von 6 u. mehr Zimmern	4,632	33,248	3,907	37,155	29,396	0,8
Zusammen	70,390	216,786	26,567	243,353	299,369	1,2

Hinsichtlich der Wohndichtigkeit bei Kleinwohnungen zeigen sich unter den einzelnen Gemeinden wiederum nahezu dieselben Verhältnisse, wie beim gesamten Wohnungsbestand; mit der höchsten Durchschnittsziffer an Bewohnern steht wiederum Bremgarten mit 2,1, dann folgen Belp und Heimberg mit 1,8, ferner die Nachbargemeinden der grossen Städte: Bolligen, Köniz, Wohlen, Kehrsatz, Frauenkappelen und Oberburg mit 1,7 etc.; in den beiden andern Grössenabstufungen (Mittel- und Grosswohnungen) zeigen sich dagegen keine wesentlichen Unterschiede bezüglich der Wohndichtigkeit.

3. Die Mietwohnungen (ohne Nutzungen) nach dem Jahresmietpreis in den grossen Gemeinden und deren Umgebung.

In der bezüglichen Darstellung wurden im ganzen 31,806 Mietwohnungen in 28 Gemeinden auf die Mietpreisverhältnisse untersucht. Dass der Mietpreis einer Wohnung durch verschiedene Faktoren, wie Zimmerzahl, Ausstattung der Räume, Baukosten, Alter, Lage der Wohnhäuser etc. bedingt ist, dürfte wohl hinlänglich bekannt sein; von ganz besonderem Einfluss ist ohne Zweifel die Lage

und Entfernung der Wohnungen von einem Bevölkerungszentrum, denn nachweisbar beträgt der Preis einer im Zentrum eines Dorfes oder einer Stadt oder nächster Umgebung gelegenen Wohnung oft die Hälfte, ja mehr als das Doppelte des Preises einer gleichartigen, ausserhalb des Dorfes oder der Stadt in grösserer Entfernung gelegenen Wohnung. Das Alter der Wohngebäude spielt ebenfalls eine grosse Rolle, denn zwischen den Preisen von Wohnungen in Neubauten und in ältern Gebäuden ist in der Regel ein grosser Unterschied; diese Tatsache wurde gerade durch die Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit infolge Darniederliegens der Bautätigkeit und nie dagewesener Verteuerung der Baukosten und zwar sowohl der Arbeitslöhne als des Baumaterials ganz exemplarisch demonstriert. Bei Zählungen und Enquêtes nun ist es meist üblich, die Mietpreisverhältnisse einer Ortschaft durch eine einzige Zahl, nämlich das gewogene arithmetische Mittel der bekannten Mietpreise einer Wohnungsgattung wiederzugeben; indessen stellen diese Zahlen nicht immer ein genügendes Bild der bestehenden Verhältnisse dar. Um dieser Unzukömmlichkeit abzuhelpen, hat der Bearbeiter der eidg. Wohnungszählung einen weitem Begriff eingeführt, der den Unterschieden in der Verteilung der Wohnungen Rechnung trägt und den er als die *häufigsten Mietpreise* bezeichnet. Wir können uns hier mit dieser neuen Berechnungsart nicht weiter befassen, sondern müssen uns auf die Wiedergabe des Hauptergebnisses der Zählung beschränken. Die Berechnung der Durchschnittspreise nach der Wohnungsgrösse für die 28 Gemeinden erfolgte auf Grund der Gesamtsumme der Jahresmieten im Total:

In 28 Gemeinden des Kantons Bern	Wohnungen von							
	2 Zimmern		3 Zimmern		4 Zimmern		5 Zimmern	
	ohne Mans.	mit Mans.	ohne Mans.	mit Mans.	ohne Mans.	mit Mans.	ohne Mans.	mit Mans.
Anzahl Wohnungen . .	10,437	1,520	10,827	3,155	2,622	1,902	1,343	
Mietpreis im Durchschnitt Fr.	445	537	668	1,009	933	1,501	1,735	

Aus diesen Nachweisen resultieren zwei merkwürdige Tatsachen, nämlich erstens, dass der Mietpreis einer dreizimmrigen Wohnung mit Mansarde beinahe das Doppelte beträgt, als der einer zweizimmrigen mit Mansarde, während eine dreizimmrige ohne Mansarde nur um ca. ein Drittel höher steht im Preis, als eine zweizimmrige ohne Mansarde, zweitens, dass eine Dreizimmerwohnung mit Mansarde um Fr. 76 höher steht, als eine Vierzimmer-

wohnung ohne Mansarde. Das Kuriosum besteht letzternfalls darin, dass bei den dreizimmrigen Wohnungen eine Mansarde also höher gewertet wird, als ein Zimmer bei den vierzimmrigen! Offenbar ist aber dabei die Qualität der Wohnung ausschlaggebend, indem die Wohnungen mit weniger Zimmern, aber mit Mansarden in der Regel komfortabler eingerichtet sein dürften, als die Wohnungen mit mehr Zimmern, aber ohne Mansarde. In den einzelnen Gemeinden sind begreiflicherweise die Mietpreisdurchschnitte wiederum ziemlich verschieden; die höchsten Mietpreise verzeichnen natürlich die beiden grossen Städte Bern und Biel:

Städte	Durchschnittspreis für Wohnungen von						5 Zimmern
	2 Zimmern		3 Zimmern		4 Zimmern		
	ohne Mans.	mit Mans.	ohne Mans.	mit Mans.	ohne Mans.	mit Mans.	
Bern Fr.	557	733	854	1,138	1,245	1,679	2,160
Biel „	447	512	666	789	918	1,178	1,417

Danach stünden die Mietpreise in Biel noch erheblich unter denjenigen der Stadt Bern; erstere kommen fast durchwegs dem Gesamtdurchschnitt gleich (vide oben). Die dreizimmrigen Wohnungen mit Mansarde sowie die vier- und fünfzimmrigen stehen in Biel zum Teil sogar wesentlich unter dem Durchschnittspreis der 28 Gemeinden; erheblich höher als in Biel stehen die Mietpreise im Durchschnitt für Dreizimmerwohnungen einzig in Muri bei Bern. Die niedrigsten Mietpreise verzeigen Heimberg, Oberhofen, Thierachern, Uetendorf, Wohlen und Kirchlindach. Ein Gesamtdurchschnitt für jede Gemeinde wurde in der Bearbeitung der eidg. Wohnungszählung nicht festgestellt, so dass ein massgebender Vergleich der Wohnungspreisverhältnisse von Ort zu Ort oder einer Gemeinde zur andern und im ganzen, wie ihn ein wirklicher Wohnungsindex ermöglichen sollte, der zuständigen Orts sowie in massgebenden Fachkreisen auch ernsthaft angestrebt wird, zur Zeit leider nicht unternommen werden kann. Die Erstellung eines richtigen Wohnungsindex ist allerdings eine schwierige Sache und erfordert umfassende, von Zeit zu Zeit zu wiederholende Erhebungen, wenn man auf den gesamten Wohnungsbestand oder auch nur auf einen Teil desselben nach typischer Auswahl abstellen will; es fragt sich daher, ob es nicht genügen dürfte, überall die Preise auf dem Wohnungsmarkte genau zu verfolgen; man weiss freilich, dass diese wesentlich höher ausfallen, als der jeweilige Mietpreisdurchschnitt

des gesamten Wohnungsbestandes oder auch nur eines grossen Teils desselben; allein da es sich hier wie bei allen andern Preisindexen doch hauptsächlich um die genaue Beobachtung der Preisbewegung handelt, so ist nicht recht einzusehen, warum eine auf den Wohnungsmarkt gegründete Preisstatistik nicht auch für die fortgesetzte Messung der Wohnungsteuerung verwendbar sein könnte.

Anmerkung.

Wir wollen nicht unterlassen, hier noch auf zwei einschlägige Publikationen hinzuweisen. Für die Gemeinde Bern wurden die Ergebnisse der eidg. Wohnungszählung vom städtischen statistischen Amte bearbeitet und bereits im Frühjahr 1923 in ausführlichen Darstellungen im Heft 6 der Beiträge zur Statistik der Stadt Bern veröffentlicht. Bald nachdem wir unsere vorliegende Arbeit beendet und zum Druck befördert hatten (Spätherbst 1924), erschienen die vom eidg. Arbeitsamte herausgegebenen Ergebnisse der Mietpreiserhebung vom Januar 1924, welche auf Veranlassung der Fachkommission der schweiz. Indexkonferenz von der sozialstatistischen Abteilung des eidg. Arbeitsamts in 28 grössern Gemeinden der Schweiz durchgeführt worden war.

